

# Was ist der Gesellschaft die Erhaltung der traditionellen Kulturlandschaft in den Alpen wert?



ISSN 1016-9954

Commission  
Internationale  
pour la  
Protection  
des Alpes

Internationale  
Alpenschutz-  
Kommission

Commissione  
Internazionale  
per la  
Protezione  
delle Alpi

Heiligkreuz 52  
FL-9490 Vaduz  
Telefon 075 / 8 11 6  
Telefax 075 / 8 28 1

Nr. 23  
Mai 1991

Deutsche  
Ausgabe

Deutschland  
Frankreich  
Italien

## Editorial

Die traditionelle bäuerliche Kulturlandschaft in den Alpen ist in Gefahr. Vielen Menschen bleibt ihr allmählicher Verfall allerdings verborgen. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft und der zunehmende Konkurrenzdruck auf die landwirtschaftlichen Gunstlagen stellen vielerorts das Fortbestehen der traditionellen alpinen Kulturlandschaft mit ihrer Arten- und Lebensraumvielfalt in Frage. Diese Landschaft ist in erster Linie das Produkt der Arbeit der Bergbauern und Bergbäuerinnen. Die CIPRA stellt diesen Problemkreis in den Mittelpunkt ihrer Jahrestagung 1991 in Château d'Oex/Schweiz. Unsere Gesellschaft ist gefordert, Antworten zu geben auf die Frage, was ihr die Erhaltung der traditionellen Kulturlandschaften – auch in monetären Einheiten – wert ist. Dabei sind die verschiedenen Leistungen (direkte und indirekte) zu berücksichtigen, die die Berglandwirtschaft erbringt, aber auch die negativen Auswirkungen, die Strukturwandel und steigender Nutzungsdruck mit sich gebracht haben. Der EG-Binnenmarkt ab 1993 und das

GATT-Abkommen bergen neue Gefahren für die Berglandwirtschaft und die traditionelle bäuerliche Kulturlandschaft. Die aufgeworfene Diskussion läuft bisher stark sektoral ab, dabei ist gerade die Berglandwirtschaft prädestiniert, einen weitgehenden Schulterschluss zwischen Landwirten, Natur- und Landschaftsschützern, Tourismusgewerbe, etc. herbeizuführen. Vom Ausgang dieser Bemühungen, zu denen die CIPRA einen Beitrag leisten möchte, wird viel abhängen. Vielleicht liegt hier die letzte Chance für das Fortbestehen der alpinen Natur- und Kulturlandschaften einerseits und der bergbäuerlichen Existenzen als Wirtschaftsbetriebe andererseits. Ein provisorisches Programm wird mit diesem Info zusammen verschickt, das ausführliche Tagungsprogramm mit Anmeldeformular wird im Mai versandt und kann bei der Geschäftsstelle in Vaduz und den nationalen Trägerschaften angefordert werden.

Mario F. Broggi  
CIPRA-Präsident

## Inhaltsverzeichnis

Editorial	1
Landwirtschaft	2
Forstwirtschaft	3
Wildökologie	3
Gewässer	4
Naturschutz	4–6
Umweltschutz	6–7, 9–10
Tourismus	7
Sport	7–8
Landschaftsschutz	8–9
Verkehr	10–14
Klima	14
CIPRA-Nachrichten	14
Buchbesprechungen	15
Veranstaltungen	15–16
CIPRA-Neuerscheinungen	16
CIPRA-Publikationen	16



*Zukünftiger Kleinbauer beim Warten auf die staatlichen Direktzahlungen.*

(Quelle: Nebenspalter Nr. 12, 1991)

## Für eine naturnahe Landwirtschaft

In der Schweiz wurde im Sommer 1990 die Eidgenössische Volksinitiative «Bauern und Konsumenten für eine naturnahe Landwirtschaft» von Umwelt-, Konsumenten- und Bauernorganisationen sowie von verschiedenen Parteien lanciert.

Eine Landwirtschaftspolitik mit Zukunft muss den heute bestehenden Widerspruch von Ökonomie und Ökologie aufheben und volks- und betriebswirtschaftliche Ziele besser zur Deckung bringen. Dies wird erreicht, wenn landwirtschaftliche Massnahmen so ausgestaltet werden, dass drei Bedingungen erfüllt werden:

1. Bäuerliche Landwirtschaftsbetriebe sollen bei umweltschonender, tierfreundlicher Produktion ihre Existenz sichern können, d. h. naturnahe Produktion ist für den einzelnen Bauernbetrieb rentabel.
2. Industrielle gewerbliche Formen (Tierfabriken), welche Markt und Umwelt belasten, werden nicht mehr unterstützt oder durch entsprechende Rahmenbedingungen verhindert oder abgebaut.
3. Es werden weniger Überschüsse produziert, deren Verwertung den Staat sowie die Konsumenten teuer zu stehen kommen.

Jeder Schweizer Bauer muss die Möglichkeit haben, mit naturnahen Methoden sein angemessenes Einkommen zu erzielen. Die Initiative will deshalb eine zweigeteilte Landwirtschaft verhindern: sie will nicht einerseits Agro-Industrie (Hors-Sol- Gemüse, Tierfabriken, Gentechnologie) und andererseits Naturschutzbauern bzw. Brachgebiete und zerfallende Ökonomiegebäude.

Dank dem Mechanismus «Kein Geld mehr für Umweltsünder» soll es möglich werden, eine Vielfalt an Flächendeckung auf ökologisch vertretbarem (und damit wertvollem) Niveau zu erzielen. Dies kann als aktiver Heimat- und Kulturlandschaftsschutz angesehen werden, auch im Hinblick auf GATT (Freihandel) und EG.

(Quelle: Christof Dietler, in: Heimatschutz – Sauvegarde 1/91)

## Investitionskredite werden an naturnahe Auflagen gebunden

Schweizerische Landwirte, die in den Genuss von Investitionskrediten und Betriebshilfen kommen wollen, müssen die Forderung nach naturnaher Landwirtschaft erfüllen. Dies beinhaltet das Gesetz über die Investitionskredite und die Betriebshilfe in der Landwirtschaft (IBG), das der Nationalrat Anfang

März verabschiedet hat. Damit sollen die Unterstützungsmassnahmen auf eine naturnahe Produktion ausgerichtet und dem Stand der Umwelttechnik angepasst werden.

(Quelle: Basler Zeitung, 5.3. 91)

## Immer mehr Ökobauern

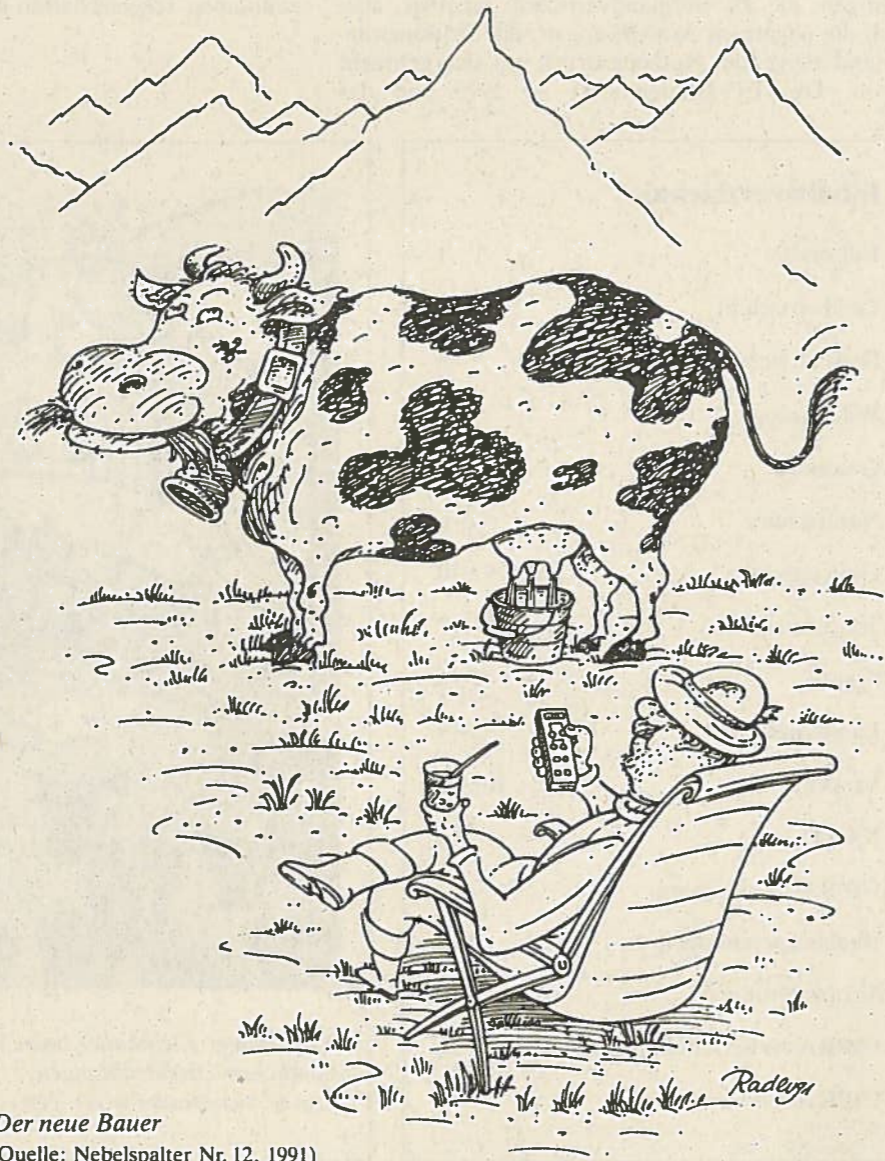
Die Zahl der ökologisch bewirtschafteten Betriebe in der Bundesrepublik hat sich im vergangenen Jahr – auf immer noch sehr niedrigem Niveau – um mehr als die Hälfte (57 Prozent) erhöht. 85 000 Hektar Land (0,7 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche) bestellen nun Ökobauern ohne Pestizide und Kunstdünger, gibt die Bad Dürkheimer Stiftung Ökologie und Landbau an. Derzeit orientierten sich etwa 4000 Bauern und Winzer an den Richtlinien der «Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau», in der sechs Anbieter von Bio-Produkten vereint sind.

(Quelle: Süddeutsche Zeitung, 7.3. 91)

## Kleinbauernreform der EG umstritten

Stark umstritten war die EG-Agrarreform, welche die Brüsseler EG-Kommission ausgearbeitet hat, Anfang Februar unter den EG-Agrarministern. Das Brüsseler Projekt will – ähnlich wie der Schweizer Bundesrat – ökologische Kriterien in die Agrarpolitik einführen und von intensiver zu mehr extensiver Agrarproduktion umschwenken. Auch Brüssel denkt zu diesem Zweck an eine Reduktion der Agrarpreise bei gleichzeitiger Ausrichtung von produktionsunabhängigen Direktbeihilfen. Die klassischen Grossproduzenten der EG, die Dänen, Briten und Niederländer, aber auch die Franzosen lehnten die Vorschläge kategorisch ab. Zustimmung fanden die Pläne in den Kleinbauernstaaten Portugal und Griechenland, aber auch in Deutschland.

(Quelle: Basler Zeitung, 6.2. 91)



Der neue Bauer

(Quelle: Nebelspalter Nr. 12, 1991)

## Schweizerisches Waldgesetz kurz vor Verabschiedung

Das legendäre Forstpolizeigesetz 1902 wird durch ein zeitgemässeres ersetzt. Immerhin wurde damals schon der Wald weitsichtig aus dem Wettbewerb um den Boden herausgenommen und das Waldareal als solches streng geschützt. Auch im neuen Gesetz gelten definitionsgemäss als Wald Flächen, die mit Waldbäumen oder Waldsträuchern bestockt sind und Waldfunktionen erfüllen können. Hierzu gehören auch Weidwälder, also bestockte Weiden und Selven.

Für Rodungen über 5000 m<sup>2</sup> bleibt der Bund zuständig, darunter können die Kantone Ausnahmegewilligungen erteilen. Neu können an Stelle des geforderten Arealersatzes im Nahbereich auch Massnahmen zugunsten des Natur- und Landschaftsschutzes getroffen werden. Die Waldgesetzgebung soll neu mit der Raumplanung eine Koordination erfahren, indem das Waldareal in Richt- und Nutzungspläne der Kantone integriert wird. Während eine knappe Mehrheit des Nationalrates mit dem Bundesrat keine präjudizierende Wirkung auf eine allfällige nachherige Rodungsbewilligungspraxis befürchtet, sehen es die Naturschutzorganisationen pessimistischer. Grössere Veranstaltungen im Walde werden neu bewilligungspflichtig. Grundsätzlich sind im Wald nur Motorfahrzeuge zu forstlichen Zwecken zugelassen, wobei es den Kantonen obliegt, eine weitere Befahrung zuzulassen, wenn nicht die Walderhaltung oder andere öffentliche Interessen dagegen sprechen. Des weiteren verpflichtet der Nationalrat die Kantone zwingend dazu, zur Arterhaltung für Flora und Fauna Waldreservate auszuscheiden. Bundesrat und Ständerat hatten es bei einer blossen Kann-Formel bewenden lassen wollen. Diese Waldreservate können auch gegen die Meinung des Grundeigentümers ausgeschieden werden.

Nun geht das Waldgesetz nochmals zur Differenzbereinigung zum Ständerat. Alles in allem dürfte ein Gesetz zu erwarten sein, welches der Schutz-, Wohlfahrts- und Nutzfunktion gerecht werden will.

Mario F. Broggi

## Rehe sind ganz anders

Die Winterfütterung von Rehen könnte in vielen Revieren der Alpen eingestellt werden, ohne gravierende Bestandseinbrüche zu riskieren.

Zu diesem Ergebnis kommen Forscher von der «Lehrinheit für Wildbiologie



und Jagdkunde» der Universität München. 1983 zählte die Landesforstverwaltung Bozen in der Nähe der Timmelsjoch-Passstrasse das 320 ha grosse Freigehege «Hahnebaum» ein, um dort Jungförster auszubilden. Den Forschern aus München offerierte man das Areal als grosses Freilandlabor. In den ersten Jahren beobachteten Projektleiter Ulrich Wotschikowsky und seine Kollegen zunächst einmal das natürliche Verhalten der Rehe im Revier. Ein Kilogramm nehmen die Tiere durchschnittlich in jedem Monat ab, wenn von Dezember bis Mai eine geschlossene Schneedecke die Suche nach Futter erschwert. Obwohl die Ernährungssituation im Herbst und Winter eher schlecht ist, sterben in der kalten Jahreszeit nicht mehr Tiere als in anderen Monaten. Nur wenn der Schnee extrem lange liegen bleibt, reichen die Reserven nicht mehr. Viel stärker als die kargen Winter beeinflussen feuchte Sommer den Rehbestand im Revier Hahnebaum. Je häufiger und länger Niederschlagsperioden die warme Jahreszeit prägen, desto weniger Kitze überleben bis zum Herbst. Bis auf die Haut durchnässen lang anhaltende Sommerregen die Tiere. Gleichzeitig kühlt sich auch die Luft ab. Die Folge: bis zu 80% der Rehkitze sterben an Unterkühlung. Fütterungen im Winter, die nach gängiger Lehrmeinung den Bestand an Rehen in einem Revier erhalten sollen, beeinflussen demnach die Population viel weniger als das Sommerwetter. «Zumindest in den Forsten Südtirols ist es nicht nötig, die Tiere in der kalten Jahreszeit zu füttern», resümiert Ulrich Wotschikowsky.

In einer zweiten Projektphase ab Sommer 1987 untersuchten die Wissenschaftler die Reaktion des Rehbestandes auf äussere Einflüsse, die den Bestand dezimieren. Innerhalb weniger Wochen reduzierten die Südtiroler Jungförster die Population im Revier auf ungefähr einen Drittel ihrer Ausgangsgrösse. Entgegen allen Meinungen reagiert das Wild in seinen Verhaltensweisen offensichtlich kaum auf einen massiven Eingriff. Die einzelnen Individuen beanspruchen keine grösseren Gebiete bei der Suche nach Nahrung. Die Geissen trugen auch nicht mehr Kitze aus, um die dezimierte Population wieder zu erhöhen, und nach wie vor rafften verregnete Sommer einen Grossteil der Jungtiere dahin. 15 Jahre wird es nach Meinung von Wotschikowsky dauern, bis sich der Bestand von dem Massenabstoss wieder erholt. Ursprünglich hatte der Wissenschaftler angenommen, nach 3 oder 4 Jahren wäre die alte Population wieder erreicht.

Der aussergewöhnlich warme und trockene Sommer 1990 jedoch zwang den Forscher zu einer erneuten Revision seiner Prognosen: da Schlechtwetterperioden weitgehend ausblieben, überlebten bis zum Herbst weit mehr Kitze als üblich. Oder zeigt die radikale Dezimierung vielleicht erst nach 2 bis 3 Jahren die Konsequenzen für die Population? Die Forstverwaltung Bozen jedenfalls wird das ursprünglich auf 10 Jahre befristete Rehprojekt «Hahnebaum» verlängern.

(Quelle: Süddeutsche Zeitung, 7.3. 91)

## Retten, was noch zu retten ist

### Die Gewässerschutz-Initiative kommt vors Schweizer Volk

1984 reichte die Volksinitiative zur «Rettung unserer Gewässer» die für ein Volksbegehren notwendigen Unterschriften ein. Die fällige Abstimmung wurde nun erneut vom 2. Juni auf den 8. Dezember oder sogar auf März 1992 verschoben.

Die noch verbliebenen natürlichen Bäche, Flussstrecken und Seen samt ihren Uferbereichen sollen danach umfassend geschützt werden, naturnahe Gewässer und Gewässerlandschaften sind möglichst in diesem Zustand zu erhalten, stark belastete Gewässer sind zu sanieren und eine ausreichende Wasserführung ist zu gewährleisten. Diese vier Hauptanliegen verfolgt die Initiative.

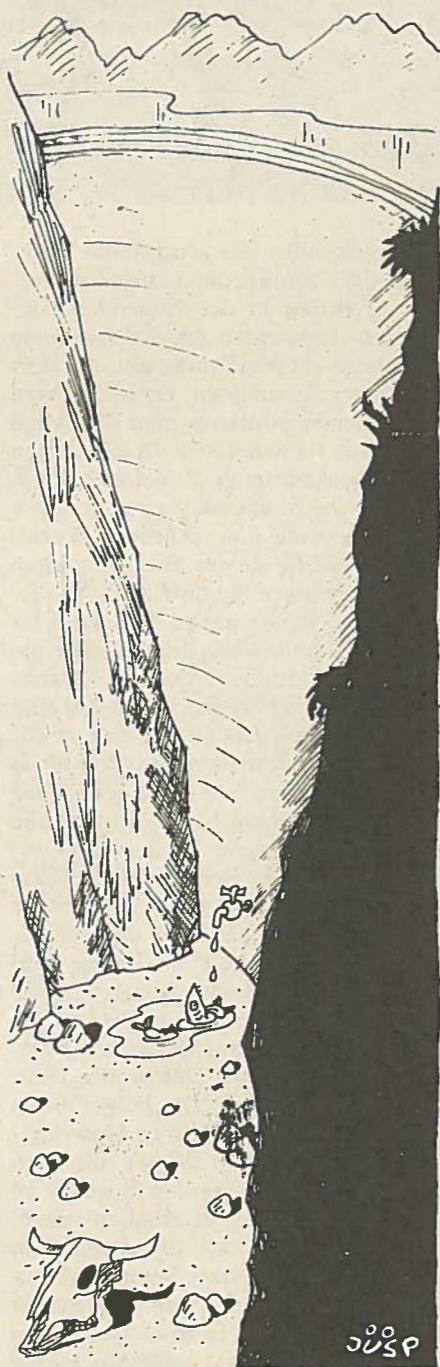
Das Parlament hatte mit der Revision des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer versucht, den Initianten entgegenzukommen, und einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet. In dem endlosen Hin und Her zwischen den Räten wurden dem Gesetzentwurf immer mehr Zähne gezogen. Der zum Schluss der Sondersession Ende Januar endgültig verabschiedete Gesetzestext weist nach Auffassung der Initianten so grosse Mängel auf, dass sie nicht an einen Rückzug der Initiative denken. Sechs Punkte sind es vor allem, die sie kritisieren:

1. Das Gesetz gewährleistet nicht den integralen Schutz der letzten höchstens noch 10 Prozent natürlich fließenden Gewässer in unserem Land, sondern lässt zum Beispiel neue Kraftwerkprojekte immer noch zu.
2. Die trotz Verbauung und Nutzung noch einigermaßen naturnah gebliebenen Gewässer werden vom Gesetz nicht genügend vor weiteren, technischen Eingriffen bewahrt.
3. Das Anliegen der Initiative, heute stark belastete Gewässer ökologisch und landschaftlich zu sanieren, wird vom Gesetz zuwenig berücksichtigt.
4. Völlig unbefriedigend ist nach Meinung der Initianten auch die ebenfalls zentrale Frage der Restwasserregelung im Gesetz gelöst. Die festgeschriebenen Mindestabflussmengen sind so klein, dass das natürliche Leben in den betroffenen Bächen und Flüssen meist schwer beeinträchtigt, wenn nicht gar ganz geopfert wird. Trotzdem haben die Kantone sogar noch die Möglichkeit, die «Alarmgrenzen» in Ausnahmefällen weiter herabzusetzen.
5. Die Minimalforderungen des Gesetzes gehen nach Auffassung der Initianten auch weniger weit als die

heutige Praxis des Bundesgerichts, die sich aufgrund der Fischerei-, Natur- und Heimatschutzgesetzgebung entwickelt hat.

6. Und schliesslich enthält das Gesetz auch keine Relativierung der sogenannten wohlverordneten Rechte, auf die sich die Gewässernutzung stützt und die die Verhältnisse auf Jahrzehnte hinaus zementierten. Bis heute dominiere einseitig die Nutzung der Gewässer in der Gesetzgebung, der Schutz der Gewässer sei erst marginal verankert.

«Zentrale Forderungen unserer Initiative sind im Gesetz einfach nicht erfüllt», fasste der Berner Alt-Regierungs- und



(Quelle: Basler Zeitung, 23. 9. 87)

Nationalrat Kurt Meyer die Einschätzung des Initiativkomitees zusammen. Die wenigen noch gar nicht beeinträchtigten und die noch naturnahen Gewässer, um die es den Initianten vor allem gehe, würden vom Gesetz gerade nicht geschützt. «Und wir müssen heute einfach retten, was noch zu retten ist», so sein Fazit.

Die Wähler haben nun an der Urne zu entscheiden, ob das Gesetz im Sinne der Initiative nachzubessern ist.

(Quelle: Tagesanzeiger, 30. 1. 91)

### Ruhegebiete im Zillertal bleiben seit Jahren Versprechen

Seit 1981 gibt es in Tirol Bestrebungen, im übererschlossenen Zillertal Ruhegebiete, das sind Gebiete ohne Seilbahnen, öffentliche Strassen und lärmeregende Betriebe, einzurichten. Bereits damals hatten weite Kreise der Bevölkerung erkannt, dass noch mehr Fremdenverkehr, mehr Strassen und noch mehr Lift- und Seilbahnen dem engen Tal nicht zuträglich wären.

Die Landesregierung verspricht seit damals unter anderem die Realisierung des 374 km<sup>2</sup> grossen Ruhegebietes «Zillertaler Hauptkamm». Bisher ist es allerdings bei Versprechungen geblieben und dies, obwohl die fachlichen und rechtlichen Vorbereitungen für die Ausweisung zum Ruhegebiet im Vorjahr abgeschlossen wurden und der «Zillertaler Hauptkamm» bereits im neuen Tirol-Atlas (Stand 1. 1. 1991) als Ruhegebiet verzeichnet ist.

(Quelle: Salzburger Nachrichten, 7. 1. 91)

### Wieder Tourismus gegen Naturschutz?

Eine Studie sorgt für Aufregung in Kärnten. Das Gebiet um das Wurtenkees, fremdenverkehrsgemäss in «Mölltaler Gletscher» umgetauft, soll weiter ausgebaut werden, obwohl Politiker aller Couleur nach der Errichtung des Sommerskigebietes versichert hatten, keine weitere Erschliessung mehr befürworten zu wollen. Die Betreiber, die «Mölltaler Gletscher-Bahnen», wollen eine Stollenbahn errichten, die mindestens 360 Mio. öS kosten und mit öffentlichen Geldern gefördert werden soll. In der Höhenzone sollen weitere Lifte gebaut werden.

Die Interessen prallen nun aufeinander: Auf der einen Seite die Naturschützer, für die das Gebiet ohnehin schon als zu stark belastet gilt, auf der anderen Seite die Fremdenverkehrs-Unternehmer und die Gemeindepolitiker von Flattach, die sich erhöhte Einnahmen erhoffen. Ob eine rentable Betriebsführung,

die einen Jahresumsatz von rund 75 Mio. öS erforderlich machen würde, zu erzielen ist, ist umstritten. Ausserdem gehört das Wurtenkees zu den Alpengletschern, die sich auf dem Rückzug befinden. Auch stellt der weitere Ausbau des Wurtenkees eine zusätzliche Gefährdung seiner Funktion als Trinkwasser-Reservoir dar. Nicht nur von Kärntner Seite, sondern auch von Seiten des Bundeslandes Salzburg kommt das Mölltaler-Gletscherskigebiet durch die Anschlusspläne der Gemeinde Bad Gastein unter Druck. Trotz der ablehnenden Haltung von Landeshauptmann Hans Katschtaler will Bad Gastein das Projekt, das Bad Gastein durch eine Stollenbahn an das Mölltaler Gletschergebiet anschliessen soll, weiter verfolgen, und dies trotz der geplanten Einbeziehung von Bad Gastein, Hüttschlag und Muhr in die Nationalpark-Verordnung. Die Stollenbahn unterhalb des Schareck-Gipfels würde rund 280 bis 300 Mio. öS kosten.

(Quelle: Salzburger Nachrichten, 10. 9. 90 und 22. 12. 90; Profil Nr. 5, 28. 1. 91)

### Kärnten verärgert über Tirols Haltung zum Nationalpark «Hohe Tauern»

Die Verärgerung Kärntens über Tirols Haltung zur Frage «Nationalpark Hohe Tauern» hat einen Höhepunkt erreicht. In Österreichs südlichstem Bundesland will man die Umweltministerin und die Tiroler Landesregierung unter Druck setzen. «Wenn die Tiroler bis 21. Oktober noch immer kein Nationalpark-Gesetz haben, treten wir aus der Heiligenbluter Vereinbarung aus und machen die Geschichte mit den Salzbergern allein», kündigte Umweltreferent Herbert Schiller Ende Januar an. «Tirol kassiert seit Jahren (es waren bisher insgesamt 70 Millionen Schilling) und hat überhaupt nichts getan», empört sich Schiller.

(Quelle: Salzburger Nachrichten, 1. 2. 91)

### Naturschutzorientiertes Wiesenmanagement in Mitteleuropa

Seminar der Arbeitsgruppe für Ökologie und Naturschutz der Österreichischen Akademie der Wissenschaften am 21. und 22. März 1991 in Graz

«Die Erhaltung der einheimischen Fauna und Flora auf Basis von Naturschutzgebieten in einer sonst ausgebeuteten Landschaft ist nicht zu verwirklichen. Soll der Artenschutz je wieder in die schwarzen Zahlen gelangen, braucht es eine Trendwende im Umgang mit unserer gesamten Landschaft.»

(Urs Tester, 1991)

In diesem Sinne wurden während des Seminars keine Grundsatzreferate über den Arten- und Landschaftsverlust gehalten. Von Naturschutzorganisationen, Wissenschaftlern, Landwirten und Politikern wurden Lösungsansätze und Modelle vorgestellt, und in den anschließenden Arbeitsgruppen wurde konkret über Umsetzungsstrategien diskutiert. Angesichts des augenscheinlichen Verschwindens vieler Tier- und Pflanzenarten verändert sich das Gesprächsklima zwischen den einzelnen Interessensgruppen. Die Naturschützer verzichten zunehmend auf Konfrontation und Beschuldigung der Landwirte (die Landwirtschaft ist in der Roten Liste der gefährdeten Tierarten als Hauptverursacher des Artenrückganges angeführt). Vielmehr wurde erkannt, dass die heutige Form der Landwirtschaft ein soziales Problem ist, das nur von der gesamten Gesellschaft gelöst werden kann. Dem Bauern blieb oft keine andere Wahl, als leicht zugängliche Flächen immer intensiver zu nutzen, andere wurden aufgeforstet oder sie verbrachten. Die kleinstrukturierte Kulturlandschaft mitsamt ihrem ästhetischen Wert geht durch den massiven Nutzungsdruck in der Landwirtschaft verloren.

Heute kommen nun wohl alle zu dem Schluss, dass die Leistungen der Landwirtschaft zur Erhaltung der Kulturlandschaft entsprechend honoriert werden müssen und zwar nicht als eine kleine Entschädigung, sondern als echte Entlohnung für eine Tätigkeit, die im Dienste aller steht.

Als Möglichkeit zur Kulturlandschaftserhaltung wurden verschiedene Aktivitäten vorgestellt:

- Flächenkauf besonders schutzwürdiger und gefährdeter Lebensräume (in der Steiermark bisher 34,3 ha) durch den Österreichischen Naturschutzbund. Der Kauf stellt keinen Ersatz für ein Umdenken bei Flächenbewirtschaftungspraktiken dar.

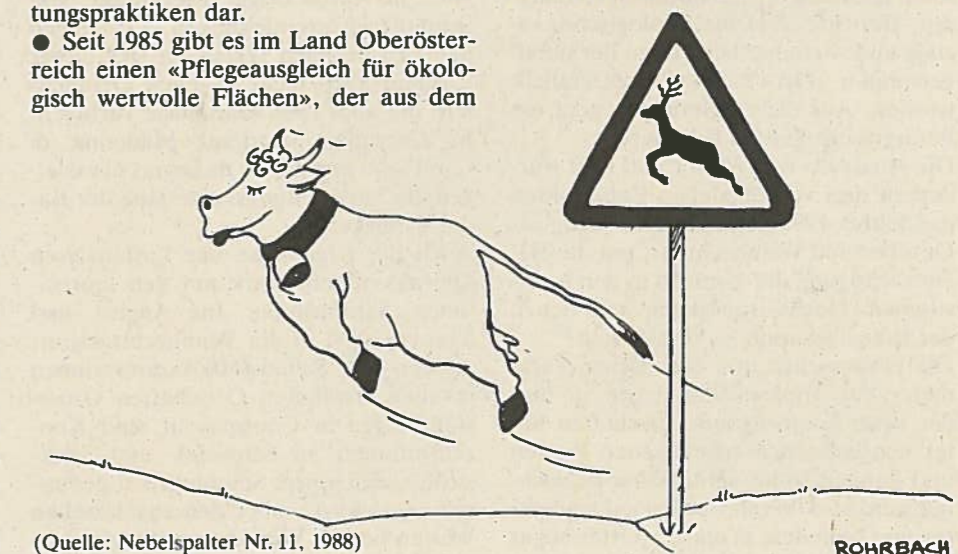
- Seit 1985 gibt es im Land Oberösterreich einen «Pflegeausgleich für ökologisch wertvolle Flächen», der aus dem

Naturschutzbudget und der Agrarförderung bezahlt wird. Der Bauer stellt einen Antrag, die Flächen werden von Naturschutz-Beauftragten bewertet, und es wird ein verbindlicher Vertrag mit Bewirtschaftungsauflagen festgelegt. Je nach ökologischem Wert und Arbeitsaufwand erfolgt eine Zahlung von jährlich S 2500.– bis 5000.–/ha. Zur Zeit sind 3000 ha in dieses Programm eingegliedert.

- In der Steiermark wurde nach dem Vorbild Oberösterreichs 1987 das «Biotopehaltungsprogramm» mit Mitteln des Landschaftspflegefonds und der Landschaftsförderung gestartet. Die Grundeigentümer binden sich auf 1–6 Jahre und die Entschädigung erfolgt nach einem Punkteschema (pro Punkt zwischen S 300.– und max. S 6000.– pro ha). Zur Zeit bestehen für 1000 ha solche Verträge, und die Zahl der Anträge ist stark steigend.

Diese Programme stellen zwar einen guten Ansatz dar, doch reichen sie nicht aus, um landesweit einen angemessenen Flächenanteil an extensivem Grünland zu erhalten.

Zukunftsweisende Resultate wurden dafür von Carl Manzano und Thomas Wrbka von der Arbeit des Distelvereins präsentiert. Der Distelverein wurde 1987 im niederösterreichischen Marchfeld als partnerschaftliche Arbeitsgemeinschaft von Bauern, Jägern und Naturschützern gegründet. Schwerpunkt seiner Tätigkeit ist das «Ökowerflächenprogramm», bei dem es um die Wiedereinrichtung von Kleinstrukturen in intensiv genutzten Agrargebieten und die Erhaltung von traditionellen Kulturlandschaftselementen geht. In ausgewählten Projektgebieten (Waldviertel, Mostviertel, Marchfeld und Bucklige Welt) wurden den Bauern auf Basis einer botanischen zoologischen Kartierung Bewirtschaftungsverträge angeboten. Neu ist dabei, dass der Distelverein



(Quelle: Nebelspalter Nr. 11, 1988)

Modelle für eine flächendeckende, bäuerliche Kulturlandschaftspflege entwickelt. Wesentliche Elemente davon sind:

- Bewirtschaftungsverträge auf freiwilliger Basis - Honorierung einer konkreten Leistung (die von Ökologen festgelegt wurde)
- die Vorbereitung, Abwicklung und Kontrolle erfolgt weitestmöglich in der örtlichen Selbstorganisation. Den örtlichen Ausschüssen stehen die regionalen und landesweiten Fachinstitutionen zur Seite.

Ergebnis ist ein Biotopverbundsystem, das über freiwillige einjährige Verträge gesichert und dessen ökologische Bedeutung in wissenschaftlichen Begleitstudien laufend dokumentiert wird.

Ein Tagungsband über dieses Seminar ist für Sommer 1991 geplant und ist zu beziehen bei: AG für Ökologie und Naturschutz, Österr. Akademie der Wissenschaften, Heinrichstrasse 5, A-8010 Graz.

Karin Dullnig



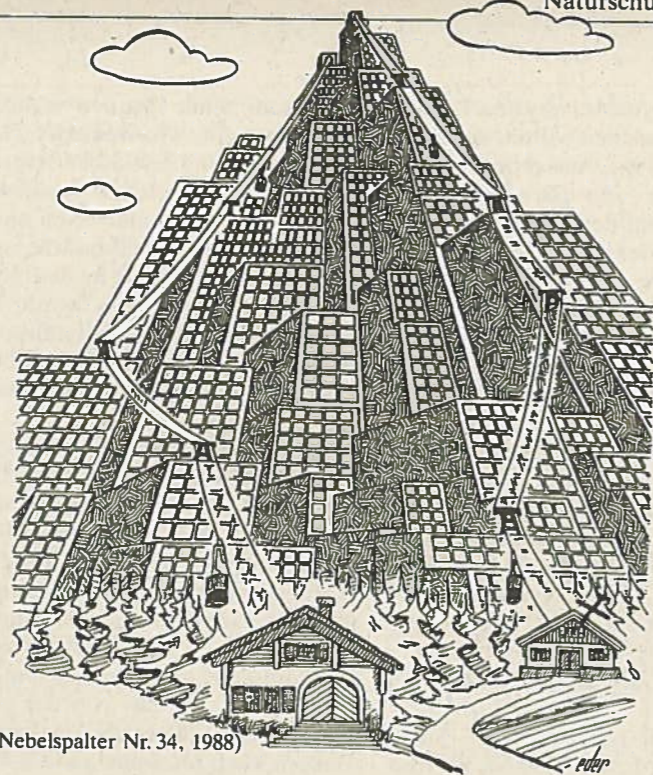
**Aktion «Grüner Adler»**

«Aquila Verde» ist eine Aktion von Mountain Wilderness und der italienischen Wochenzeitschrift «L'Espresso», um den Zustand des Trinkwassers, des Oberflächenwassers und der Luft sowie die geologische Situation von neun Ortschaften des italienischen Alpenraumes zu analysieren. Die neun ausgewählten Ortschaften sind: Courmayeur, Cervinia, Sestriere, Bormio, Madonna di Campiglio, Ponte di Legno, Cortina, Moena und das Hochpustertal. In den Februarausgaben des «L'Espresso» sind, neben den Resultaten der Analysen, Berichte über die ökologische, soziale und wirtschaftliche Lage der oben genannten Ortschaften veröffentlicht worden. Aus diesen Berichten geht ein besorgniserregendes Bild hervor. Die Analysen von Wasser und Luft wurden zu drei verschiedenen Zeitpunkten des Jahres 1990 getätigt (Juli - August, Oktober und Weihnachten), um die Beeinträchtigung der Umwelt in den touristischen Hochsaisonszeiten mit jenen der ruhigen Saison zu vergleichen. Die biologischen und chemischen Parameter des Trinkwassers liegen in fünf der neun untersuchten Ortschaften unter den gesetzlich zugelassenen Werten und können somit als trinkbar bezeichnet werden. Überall wurden jedoch Spuren von Metallen, in einigen Orten sogar

(Quelle: Nebelspalter Nr. 34, 1988)

Spuren oberflächenaktiver Stoffe und chlorierter Lösungen festgestellt, jedoch in zugelassenen Mengen. Das Wasser kann laut Gesetz als nicht trinkbar bezeichnet werden in den Ortschaften Moena, wo der Gehalt an Sulfaten mit 492 mg/l fast das Doppelte des zugelassenen Wertes von 250 mg/l beträgt, in Innichen, Madonna di Campiglio und Ponte di Legno, wo Kolibakterien und Fäkalien vorgefunden wurden, die überhaupt nicht vorhanden sein dürften. Der Gesundheitszustand der Oberflächengewässer schwankt überall sehr stark mit dem touristischen Zustrom. Während in den Niedersaisonszeiten die Verseuchung der Fließgewässer keine Besorgnis erregt, findet man in der Hochsaison - und hauptsächlich in der Weihnachtszeit - bedeutende Konzentrationen von Kolibakterien und Fäkalien, Streptokokken, oberflächenaktiven Stoffen, Nitraten und Ammonium vor, als eindeutige Merkmale von Schmutzwassereinleitungen. Entgegen den Erwartungen verbessert sich dieser Zustand auch nicht in jenen Ortschaften, die über eine Kläranlage verfügen. In Cervinia, Sestriere, Madonna di Campiglio und Ponte di Legno übersteigen die Verseuchungswerte jene der Badezulässigkeit. Auch die Ergebnisse der Luftanalysen schwanken sehr stark mit den touristischen Saisonszeiten. Im August und hauptsächlich in der Weihnachtszeit erreichen die Schadstoffkonzentrationen in allen erwähnten Ortschaften Grossstadtswerte. In Courmayeur sind Konzentrationen an Schwefel- und Stickstoffoxyden sowie Staubpartikel gemessen worden, die über den zugelassenen Werten liegen. Würde man die gleichen

Zustände an drei aufeinanderfolgenden Tagen in Mailand messen, so müsste die Stadtverwaltung restriktive Verkehrsmassnahmen treffen. Dies gilt gleichfalls für die Ansammlung an Staubpartikeln in Moena. Ein ebenfalls bedenkliches Bild ergibt sich aus der geologischen Untersuchung der neun Ortschaften. Die übertriebene Verbauung der Gewässer verstärkt die Gefahr von Überströmungen der Bäche und Flüsse. Die Planierungen und Rodungen für den Bau von Skipisten und Aufstiegsanlagen beeinträchtigen in manchen Orten die Stabilität ganzer Hänge und sind eine Gefahr für die darunterliegenden Bereiche (Wohnviertel, Infrastrukturen, . . .). In Cervinia wurden Wohnhäuser und Hotels in der Nähe einer äusserst gefährdeten Zone gebaut. Obwohl der heutige Zustand des italienischen Alpenraumes bereits stark beeinträchtigt ist, sind weitere verwüstende Projekte geplant: die Autobahn von Morgex zum Mont Blanc-Tunnel; Skiweltmeisterschaften im Grödner Tal, die auf jeden Fall schwerwiegende Eingriffe und Umwälzungen ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Natur mit sich bringen; die neue Schnellstrasse durch das Fassatal und das Pustertal; neue Aufstiegsanlagen und Skikarusselle in noch nicht erschlossenen Gebieten; weitere Anlagen zur künstlichen Schneerzeugung und Betonierungen von Wasserläufen, . . . Dennoch beginnen neue Überzeugungen langsam an Terrain zu gewinnen. Man beginnt allmählich zu begreifen, dass wir so wie bisher nicht weitermachen können und, zumindest was den Automobilverkehr in vielen Ortschaften



betrifft, werden Lösungen zu seiner Verringerung gesucht.

Dies ist erst der erste Schritt eines langen Weges, der eingeschlagen werden muss, wenn man die weitere Gefährdung der alpinen Umwelt vermeiden will.

Die kompletten Untersuchungsergebnisse der Kampagne «Grüner Adler» können bezogen werden bei: Mountain Wilderness, via Montebello 14, 20121 Milano (Tel. 02 / 29 00 05 57)

Helmuth Moroder

**Vorarlberg erwägt Strassensperren gegen den Ansturm von Touristen**

Für die zeitweilige Sperre von Bundesstrassen, die als Zubringer zu bereits überlasteten Ferienorten führen, sprach sich der Vizepräsident der Österreichischen Hoteliersvereinigung (ÖHV) und FP-Tourismussprecher, Helmut Peter, beim Winterarbeitsseminar der Hoteliers in Lech am Arlberg aus.

Derartige Massnahmen, die zu Lasten der Tagestouristen gingen, würden in Vorarlberg bereits konkret überlegt, erklärte der Fremdenverkehrsdirektor im Ländle, Sieghart Baier. Allerdings bedürfte es dazu Änderungen im Bundesstrassengesetz.

Auch über eine Beschränkung des Tageskartenvverkaufs entsprechend der Aufnahmefähigkeit von Schigebieten werde nachgedacht. Dass damit vor allem die einheimische Bevölkerung betroffen wäre, die steuerlich die Tourismuseinrichtungen mittrage, würde in Kauf genommen, meinte Baier. Keine Abstriche will man freilich am zahlungskräftigeren Übernachtungstourismus vornehmlich ausländischer Gäste machen.

Peter forderte auch den verstärkten Einsatz der Raumordnung, um den Bettenboom einzudämmen und touristische Schutzzonen einzurichten. Angesichts neu hereinbrechender Urlauberschichten - Besucher aus Osteuropa und «Mittelmeer-Verweigerer» - müsste der heimische Tourismus sich seiner Kapazitätsgrenzen bewusst werden.

(Quelle: Der Standard, 16. 1. 91)

**Schneekanonen fressen Strom im falschen Moment**

Für österreichische Kraftwerke werden künstliche Beschneiungsanlagen («Schneekanonen») allmählich zum Problem, weil sie stets dann zum Einsatz gelangen, wenn der Strom ohnehin knapp wird. Ähnliches gilt für die Schweiz, wengleich hier die Dimensionen anders sind.

In einem Schreiben an das Umwelt-schutzamt der Tiroler Landesregierung beklagen sich die Tiroler Wasserkraftwerke AG (Innsbruck) darüber, «dass Schneekanonen immer dann in Betrieb sind, wenn die Bedarfsdeckung des Landes wegen der niederen Temperaturen sowieso schon ein Mehrfaches des üblichen Bedarfes beträgt. Genau in dieser Zeit kommen die Beschneiungsanlagen dazu und müssen mit hochwertiger Winterenergie betrieben werden». Nach Ansicht der Kraftwerksgesellschaft gehören die Anlagen zum Schneemachen «zu den ungünstigsten Stromverbrauchern», die sie in ihrem Netz zu versorgen hat. Weiter heisst es in dem Schriftstück, dass die Tiroler Wasserkraftwerke es begrüssen würden, «wenn künstliche Beschneiungsanlagen wieder zu ihrem Ursprungszweck zurückfänden, wonach Teilausbesserungen auf Pisten für die Dauer der gesamten Benützbarkeit gestattet, jedoch die Auswüchse der Beschneigung ganzer Abfahrtpisten zur schneearmen Zeit hintangehalten würden . . .»

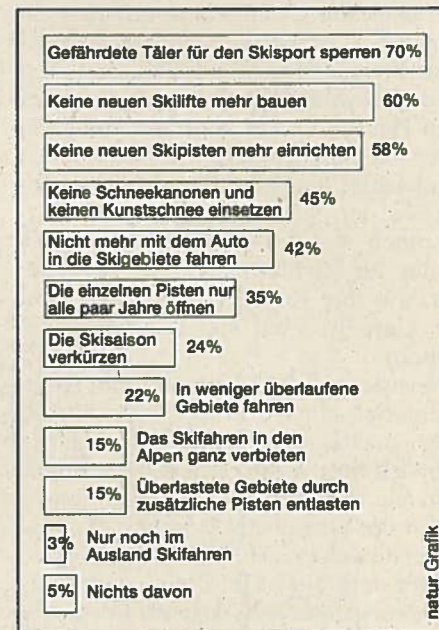
(Quelle: Tagesanzeiger, 21. 3. 91)

**Hartes Urteil für «harte» Sportler**

Welche Sportarten schaden Ihrer Meinung nach in ihrer Gesamtauswirkung der Umwelt am meisten? - Diese Frage hat das Allensbacher Institut für Demoskopie im Auftrag der Zeitschrift «Natur» den Bürgern der Bundesrepublik gestellt. 17 Sportarten wurden den Gefragten zur Beurteilung vorgelegt. Dabei schnitten 5 Sportarten sehr schlecht ab. Besonders negativ wurden die Motorsportarten bewertet: 79 % befanden Autorennen, 74 % Motorradrennen und 46 % Motorfliegen als besonders umweltschädlich.

Gefolgt wird der Motorsport von Sportarten, die typisch für das Gebirge sind: das Schifahren mit 51 % und Mountain-Biking mit 30 % folgen in der Skala der Negativ-Bewertung.

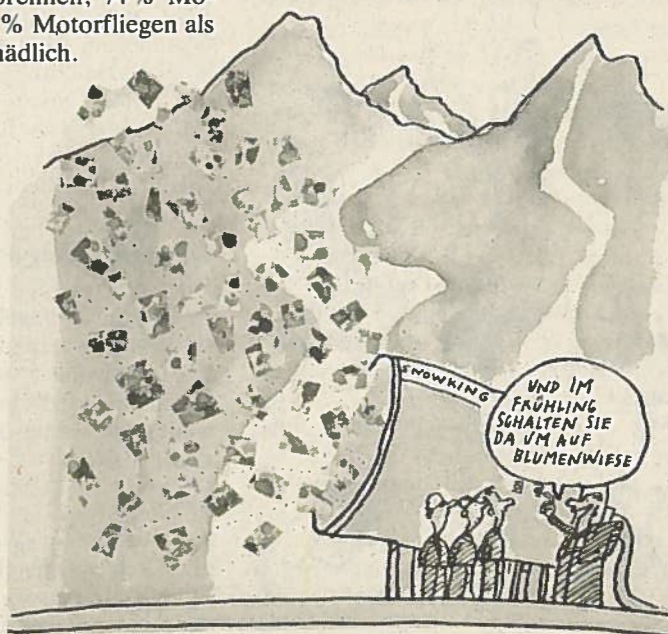
Der «massenhafte» Skisport wird insbesondere in den Alpen zu einem Problem für die Umwelt. Was sollte man tun, damit die Belastung durch den Schisport nicht noch weiter steigt? - Auf diese Frage gaben die Befragten folgende Antwort:



natur Grafik

Jeder dritte Befragte reihte auch das Mountainbike-Fahren in die Gruppe der Sportarten, die beträchtliche Umweltschäden hervorrufen, ein. Das Problem liegt hier - wie beim Skifahren - nicht unmittelbar im Sportgerät, sondern vielmehr in der Vernunft des Benutzers.

(Quelle: Natur 3/91)



SCHNEEKANONEN (Quelle: Nebelspalter Nr. 12, 1991)

## Gleitflug verstört das Wild und die Jäger

In der Schweiz sind rund 17 000 Delta- und Gleitschirm-Flieger unterwegs. Allein bei den Gleitfallschirmen wuchs die Zahl der ausgegebenen Flugscheine innerhalb von 2 Jahren von 6000 auf über 11 000. In Österreich wurden seit Mai 1989 1800 Flugführerscheine ausgegeben. Damit dürfte sich die Zahl der Paragleiter in Österreich auf etwa auf 15 bis 20 Tausend belaufen.

An manchen Orten wurde offenbar ein gänzlich Abwandern von Murmeltieren, Steinadlern, Wanderfalken, Auer- und Birkwild festgestellt. Auch unter den Haustieren auf Alp- und Weideflächen hat man deutliche Stressreaktionen beobachtet. Für Überflugverbote im Interesse der Natur zeigen die Luftfahrtbeamten des Schweizerischen Bundesamtes für Zivilluftfahrt kein Verständnis, was ihre Kollegen vom Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft bedauern.

Wissenschaftliche Nachweise und Argumentationshilfen sind angekündigt, wenn auch erst auf Frühling 1993. Dann nämlich liegt das Ergebnis einer Studie vor, die von der Ethologischen Station Hasli der Universität Bern mit Bundesunterstützung erarbeitet wird. Unter dem Titel «Tourismus und Wild» werden die Auswirkungen touristischer Aktivitäten auf die Tierwelt untersucht und Richtlinien ausgearbeitet, die ein vernünftiges Nebeneinander von Mensch und Tier erlauben soll. Die universitären Beobachter nehmen neben der privaten Fliegerei auch das Varianten-Schifahren, Wandern, den Orientierungslauf und das Mountain-Biking unter die Lupe. Erste Untersuchungen haben bereits gezeigt, dass ein einmaliges

Überfliegen schon genügt, damit offenes Gelände den ganzen Tag vom Wild nicht mehr benutzt wird. Solches wisse man allerdings schon auf Grund anderer Studien. Am Bündner Vilan etwa ist der Bannwald durch das abgetriebene Wild bereits massiv geschädigt.



(Quelle: DAV-Naturschutz-Info 1989)

Angesichts der Steigerungsraten im Gleitflugsport ist rasches Handeln gefordert. Eine Reglementierung und Kanalisierung ist dringend erforderlich. Diese Regelungen kommen allerdings wieder einmal erst sehr spät. Das Problem war schon sehr viel früher absehbar. Von einer konsequenten Umsetzung des Vorsorgeprinzips – auch im Bereich Freizeit und Tourismus – sind wir im Alpenraum weit entfernt. (Quellen: Weltwoche Nr. 8, 21. 2. 91; Skylines Nr. 2/91)

## Die Berge im Meinungsbild der Jugend

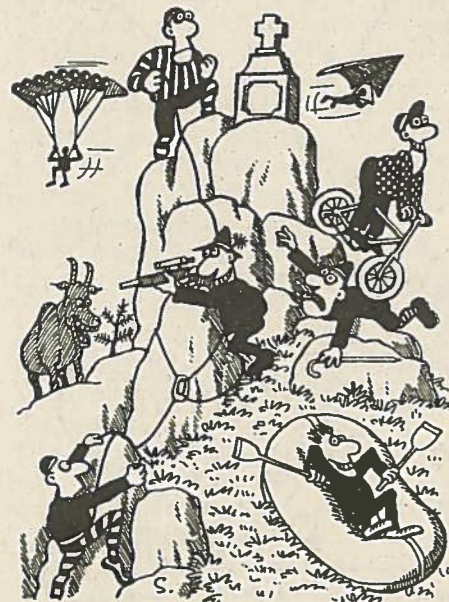
Mountain Wilderness Frankreich hat 1990 eine Umfrage initiiert, die am Gymnasium Thonon durch eine Informatikklasse durchgeführt wurde und die den Start zu einem Video-Projekt bildet. 906 Kinder zwischen 7 und 18 Jahren wurden in verschiedenen Regionen Frankreichs (Meer, Berggebiet, Städte) befragt.

### 1. Wahrnehmung der Berge

Die Berge werden von 61,9% vor allem als Naturschutzgebiet betrachtet. Sie sind Abenteuerplatz – nicht zu gefährlich, obwohl Anstrengungen abfordernd. Sie sind eine Naturschule. 85% wollen sie wenig oder gar nicht verändert erhalten.

### 2. Schutz

Auf die Frage «Was könnte die Berge zerstören?» kristallisierten sich sechs Punkte als Antwort heraus, die 77,7% der Kinder vertraten: allen voran Beton, Abfälle, Jäger und Seilbahnen.



(Quelle: DAV-Naturschutz-Info 1989)

## 3. Frequentierung und Praktiken

12% der Befragten laufen nur Ski, 87% gehen verschiedenen Aktivitäten nach. An der Spitze der Wünsche liegen: Beobachtung von Pflanzen und Tieren (17%), Wanderungen (15,4%), alpiner Skilauf (15,4%) und Fotografieren (12,4%).

Eine Vorliebe ist für kleine Gruppen (2 oder 3 Personen) festzustellen. Die Jugendlichen würden gerne häufiger in die Berge gehen (57,5%).

Es ist deutlich, dass die Berge als einer der wenigen Orte des Spiels, der Beobachtung und der Freiheit empfunden werden, die uns noch geblieben sind.

(Quelle: Mountain Wilderness. Bulletin N. 7. Januar 1991)

## Die Schweiz schenkt sich einen Landschaftsfonds

Am 21.3.1991 hat auch der Nationalrat nach dem Ständerat der Gründung eines Fonds zwecks «Erhaltung und Pflege naturnaher Landschaften» fast einstimmig zugestimmt. Dank dem Startkapital von 50 Mio. Franken des Bundes stehen jährlich 5 bis 10 Mio. Franken zur Verfügung. Die Speisung des Fonds wird aber auch Dritten möglich sein. Als Empfänger der Finanzhilfe kommen neben Privaten auch Kantone, Gemeinden, andere öffentlichrechtliche Körperschaften sowie selbständige Anstalten des öffentlichen Rechts in Frage. Mit dem Geld sollen beispielsweise Obstgärten im Tafeljura wieder hergestellt, begradigte Bäche wieder renaturiert oder brachliegende Kastanienwälder im Tessin saniert werden.

Die Schlussabstimmung soll anlässlich der Jubiläumssession am 2. Mai stattfinden.

(Quelle: Basler Zeitung, 22.3.91; Tagesanzeiger, 23.3.91)

## 20 Jahre Schweizerische Stiftung für Landschaftsschutz und Landschaftspflege (SL)

In seiner Eröffnungsansprache zur 20. Jahrestagung der SL am 2./3. November 1990 in St. Moritz vertrat der Präsident der Stiftung, Nationalrat Willi Loretan, folgende Thesen zu wichtigen Anliegen der Stiftung:

1. Die technische Erschliessung des Alpenraumes ist als abgeschlossen zu betrachten.
2. Auch und gerade im alpinen Raum muss die Aufgabe von Revitalisierungen in Angriff genommen werden.
3. Die SL wendet sich gegen eine rein wirtschaftliche Betrachtung der Waldproblematik.

Vordringlich ist nicht nur die quantitative Erhaltung der Wälder, sondern vorab die qualitative Verbesserung im Sinne von mehr Naturnähe.

Die SL begrüsst die Einrichtung des Landschaftsfonds zur Erhaltung und Pflege naturnaher Kulturlandschaften. Sie fordert einen konsequenteren Vollzug des Bundesgesetzes über die Raumplanung durch die Kantone. Für die Umwandlung von landwirtschaftlichen Ökonomiebauten ausserhalb von Bauzonen sind laut Gesetz Ausnahmegenehmigungen erforderlich. Im ersten Jahrzehnt des Raumplanungsgesetzes sind rund 100 000 Ausnahmegenehmigungen erteilt worden. So entstehen aus traditionellen Kulturlandschaften Szenarien von «Swiss-Chalets mit Gartengrills», die hinter bergbäuerlicher Fassade alle Annehmlichkeiten der modernen Zivilisation bieten. Ein Beitrag zur weiteren Bewirtschaftung der Kulturlandschaft wird damit nicht geleistet.

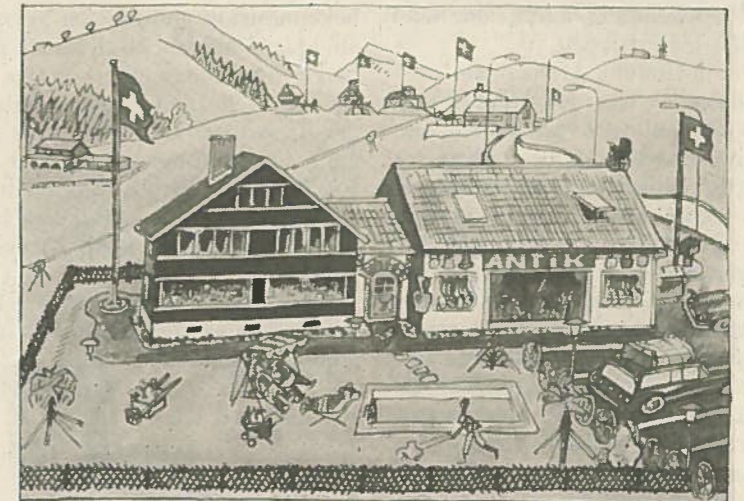
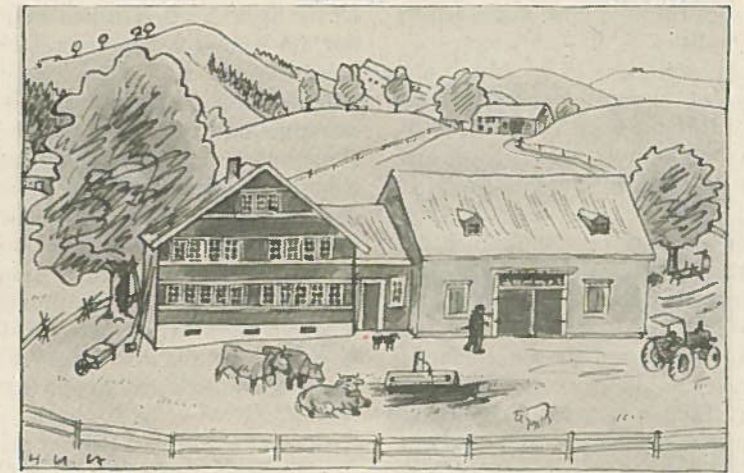
## Ein neues Komitee für die italienischen Berggebiete

Beim Präsidium des Ministerrates wurde ein beratendes Komitee eingerichtet, dessen Aufgabe es sein wird, für die Regierung Hinweise, Empfehlungen und Handlungsgrundlagen zu erarbeiten, um die zukünftigen Massnahmen zugunsten des Berggebiets zu bemessen. Zum Präsidenten des Komitees wurde Professor Corrado Barberis bestellt. Es bleibt zu hoffen, dass das Komitee wirklich nutzenbringende Beiträge liefert und nicht nur eine Scheinfunktion erfüllt.

(Quelle: Alp Nr. 71, März 1991)

## Eskalation im Walliser Umweltstreit – Gewaltakt gegen WWF-Sekretär

Die drei maskierten Männer kappten zuerst die Telefonleitung zum Ferienhäuschen, warfen dann mit Steinen eine Fensterscheibe zu Bruch, prügeln den Nachschau haltenden Bewohner, den WWF-Sekretär Pascal Ruedin, unter ausdrücklichem Hinweis auf sein ökologisches Engagement spitalreif. Das geschah am Abend des 3. Februar 1991. Ort der Handlung: nicht Sizilien, nicht Korsika, sondern das verträumte Ferienörtchen Vercorin oberhalb von Chalais bei Siders in hehrer Walliser Alpenwelt. Die Gewalttäter mochten sich gar als Helden wännen. Schliesslich hatten sie es einem der verhassten «Ecolos» gründlich gezeigt, die gegen alles und jegliches Einsprache erhoben und die den Fortschritt im Land hemmen und hindern. Und war nicht schon vor ein



10 kleine Fehler – wer findet sie?

(Quelle: Nebelspalter, Oktober 1981)

paar Jahren, zum Anlass der Greenpeace-Proteste gegen Rodungen für den Bau einer Weltmeisterschaftspiste in Crans-Montana, auf anonymen Flugblättern unter hämischem Grinsen des halben offiziellen Wallis unverblümt gefordert worden, die «Grünen aufzuhängen, solange es noch Bäume gibt»? Das Rollkommando von Vercorin ging nicht gleich so weit. Aber als sich die Schläger aus dem Staub machten, bedrohten sie den hilflos und halb ohnmächtig am Boden Liegenden mit dem Tode, falls er durch sein umweltschützerisches Tun weiterhin dynamische Mitmenschen belästige.

Allein mit überschäumendem Temperament lässt sich dieser Exzess nicht erklären. Schliesslich sind im Wallis Handgreiflichkeiten bei Bier oder Balz kaum häufiger als irgendwo in helvetischer Provinz. Rüpel und Rabauken sind sie nicht, die Walliser. Der Befund ist ein anderer: Umweltschutz und Umweltschützer sind vor allem im Welschwallis zu einem Feindbild der ersten Güteklasse aufgerückt.

Einflussreiche Immobilienbarone, tagendurstige Tourismuskönige und mäch-

tige Baulöwen fühlen sich durch schweizerische Rechtsnormen und die, welche ihre kompromisslose Anwendung auch beim Bau von Golfplätzen, von Skipisten, für Beschneigungsanlagen, den Strassenbau, bei Bauten ausserhalb der Bauzone und im Falle von landwirtschaftlichen Meliorationen einfordern, behindert, belästigt und beföhdet. Leitende Angestellte der kantonalen Administration standen oft in vorderster Front gegen die Umweltverbände, und die Exponenten der Regierungsparteien mussten sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie in den letzten Jahren mit der politischen Hatz auf die Umweltorganisationen dem Überfall von Vercorin zumindest psychologisch das Terrain bereitet hatten. Vor einigen Monaten riefen Gemeindepräsidenten des Mittel- und Unterwallis zur «Selbsthilfe» gegen die Einsprachen der Ökologen auf, denen der Bund mit dem Beschwerderecht Tür und Tor für Einmischungen in vermeintlich ausschliesslich interne Angelegenheiten des Wallis geöffnet habe. Gerade der WWF wurde selbst in hochoffiziellen Stellungnahmen der Walliser Regierung im Parlament als besonders «ex-

trem», «destruktiv» und «ökologisch-fundamentalistisch» abqualifiziert.

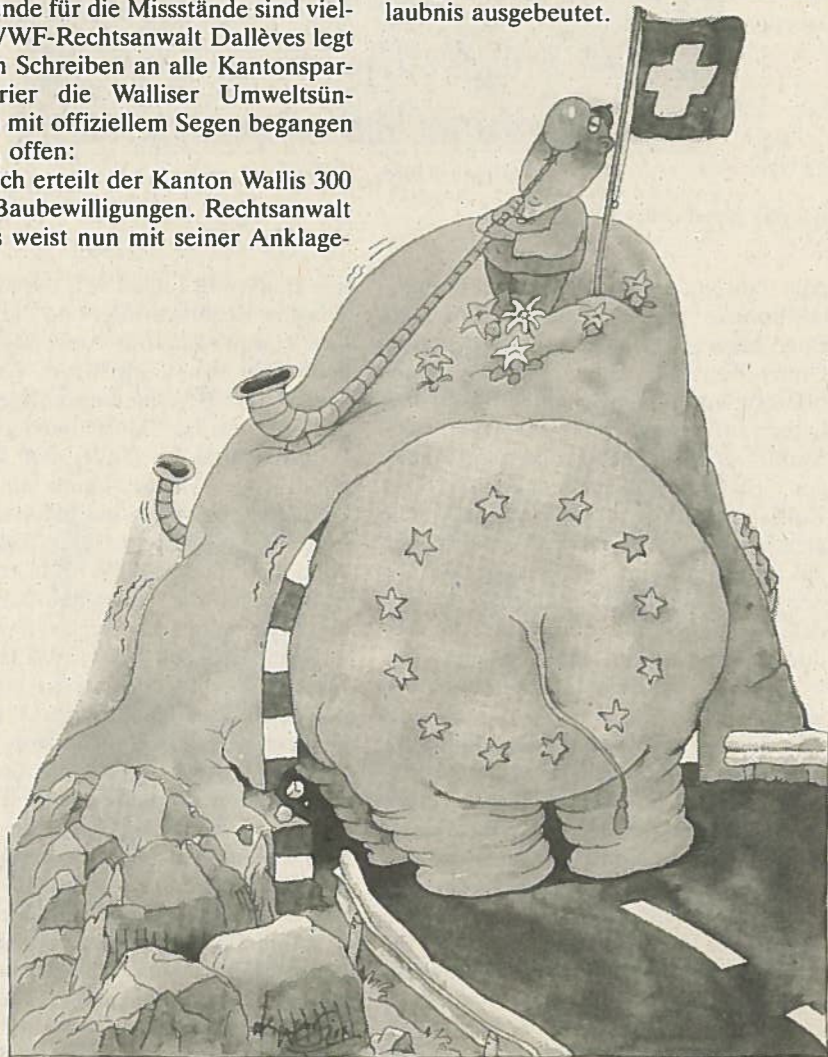
Überhaupt nimmt sich im Mund der herrschenden politischen Klasse der Ausdruck Bundes-Bern («La Berne fédérale») wie ein übles Schimpfwort aus. Der Kanton, der den späten Beitritt zur Eidgenossenschaft nie begeistert begrüsst hatte, fand bis heute nicht zu einem natürlichen Gleichgewicht zwischen föderalistischen Ansprüchen und einem Mindestmass an Einbindung in den Bundesstaat und dessen Rechtsetzung. Praktisch alle gesetzlichen Vorgaben der Eidgenossenschaft von der Raumplanung bis zum Forstgesetz werden als lästig empfunden und ihre konsequente Anwendung durch allerhand Kunstgriffe hintertrieben.

Nur in einem Umfeld, das nicht als Missäter hinstellt, wer gesetzliche Vorschriften und Auflagen verletzt, sondern denjenigen brandmarkt, der sich gegen illegale Handlungen wendet, konnte es zum Gewaltakt von Vercorin kommen. Die Liste jener Projekte, die ohne Bewilligungen erstellt worden sind oder bei denen formaljuristisch arg geschlampt und geschludert wurde, ist ellenlang. Die Gründe für die Missstände sind vielfältig. WWF-Rechtsanwalt Dallèves legt in einem Schreiben an alle Kantonsparlamentarier die Walliser Umweltsünden, die mit offiziellem Segen begangen wurden, offen:

Alljährlich erteilt der Kanton Wallis 300 bis 400 Baubewilligungen. Rechtsanwalt Dallèves weist nun mit seiner Anklage-

schrift nach: Viele Kritiken sind berechtigt. Im Wallis fehlen immer noch kantonale Gesetze zum Natur- und Landschaftsschutz – obschon eidgenössische Vorschriften schon seit 1962 bestehen. Zonenpläne der Gemeinden segnet die Kantonsregierung ab, auch wenn sie dem Bundesrecht widersprechen, und oft fehlen sie ganz, obschon sie seit drei Jahren vorliegen müssten. Baubewilligungen werden ungenau publiziert; es mangelt an Massnahmen zur Reinhaltung der Luft, die Praxis bei der Bewilligung von Flusskorrekturen ist verwirrend.

Baudirektor Bernard Boret als Hauptsünder speise Naturschützer mit Lippenbekenntnissen und billigen Versprechen ab, klagt Dallèves. Nach seinen Feststellungen entstanden gesetzwidrige Bauten im Naturschutzgebiet von Derborence; der Kurort Verbier stellte ohne Bewilligung Schneekanonen auf; der Grosse Rat bewilligte gar Subventionen für ein nicht bewilligtes Bauvorhaben im Rhônetal bei Vionnaz; beim Ausbau eines Parkhauses in Sitten wurde die Umweltverträglichkeit nie geprüft; zahlreiche Kiesgruben werden heute noch ohne Erlaubnis ausgebeutet.



(Quelle: Nebelspalter Nr. 31, 1990)

DUETT oder DUELL?

Die Kantonsverwaltung wird offenbar von vielen Parteigängern der seit 120 Jahren regierenden CVP mit einem Selbstbedienungsladen für zweifelhafte Bewilligungen, Ausnahmeregelungen und andere Gefälligkeiten verwechselt. Die Meinung, auch krass Ungesetzliches lasse sich nachträglich über den Hebel der persönlichen und politischen Beziehungen zurechtbiegen, ist weit verbreitet.

Auch anderen Orts in den Alpen sind Repressalien gegen Umweltschützer an der Tagesordnung, wie das bereits erwähnte Beispiel Wurtenkees in Österreich zeigt. Hier wurde der Deutsche Alpenverein, der in diesem Gebiet seit 90 Jahren eine Hütte betreibt, auf Grund seiner Kritik an den weiteren Erschliessungsplänen von Bürgermeister Huber aus Flattach in einem Fernschreiben mit einer saftigen Schadenersatzklage bedroht sowie mit der Sperre der Hütte wegen fehlender Kläranlage und einer «für die Sektion sicher nicht sehr entgegenkommenden Maut» auf der Zufahrtsstrasse.

Sich um Einhaltung der Naturschutzauflagen der Gletscherbahnbetreiber zu kümmern, sah Huber bislang keinen Anlass; er sei schliesslich «kein Polizist».

(Quellen: Weltwoche Nr. 7. 14.2. 91; Profil Nr. 5. 28. 1. 91; Tagesanzeiger, 6. 4. 91)

### 24 Milliarden Franken teure Eisenbahn-Alpentransversalen nahmen Hürden im Nationalrat

Als erste Instanz hat am 13. März 1991 der Nationalrat die zwei neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT) gutgeheissen, die in der Endabrechnung mindestens 24 Mrd. SFr. kosten werden. Ohne Mehrheit blieben Anträge der Sozialdemokraten und der Grünen, welche die Projekte mit weitergehenden ökologischen Auflagen verbinden und den späteren Ausbau des Autobahnnetzes untersagen wollten. Referendumsdrohungen wurden von mehreren Seiten geäussert, so dass eine Volksabstimmung wahrscheinlich ist.

Zunächst lehnte der Rat vier Rückweisanträge ab, die den Bau einer Splügenbahn, ein neues Verkehrskonzept mit geringerer Umweltbelastung und die finanzielle Beteiligung der Europäischen Gemeinschaft verlangten. Auch erwuchs in der Detailberatung der Transitachse am Gotthard keinerlei Opposition. Vorgesehen ist der Bau einer Basislinie zwischen Erstfeld/Silenen (Uri) und Bodio (Tessin).

Dagegen lehnte es der Rat ab, den nördlichen Anschluss über Arth-Goldau in den Raum Rotkreuz (Zug) zu verlängern. Eine solche Zusatzachse hätte

Mehrkosten von 687 Mio gebracht. Die Gotthardachse kostet gemäss der bis Ende 1991 aufdatierten Teuerung 9,7 Milliarden Franken und soll zwischen 2010 und 2015 eröffnet werden.

Äusserst zäh gerungen wurde dagegen um die Linienführung am Lötschberg: Der Bundesrat schlug einen Kurztunnel von 29 Kilometern zwischen Frutigen/Heustrich BE um den Raum Gampel/Steg/Raron (Wallis) vor, während das Wallis eine Ypsilon-Variante mit einem Seitenast ins Mittelwallis und einem um 10 Kilometer längeren Tunnel bis kurz vor Brig forderte. Die Kosten hätten sich so um 800 Millionen erhöht, die Bauzeit wäre um rund zwei Jahre länger geworden.

Bundesrat Ogi rief vehement dazu auf, das Fuder nicht zu überladen. Der Langtunnel sei aus Kapazitätsgründen nicht nötig, stelle die Wirtschaftlichkeit der NEAT in Frage und gefährde die Vorlage in einer Volksabstimmung. Mit 85 gegen 74 bzw. 93 gegen 70 Stimmen lehnte der Rat die Walliser Ausbauwünsche ab.

Den Rückweisantrag der Grünen konterte Bundesrat Ogi mit den Worten: «Der Alpen transit ist eine ökologische Chance par excellence». Dabei blieb sicher bei manchen Nationalräten/Innen ein beklommenes Gefühl zurück, verbunden mit der Frage, ob die NEAT nicht zusätzlich Verkehr anziehen wird, weil alle denken: mehr Güter auf die Bahn gleich mehr Platz auf der Strasse. Am 27. März 1991 erläuterte Bundesrat Ogi die Parlamentsbeschlüsse vor dem EG-Verkehrsrat. Bern ist überzeugt, mit seinen Angeboten zum Ausbau des kombinierten Verkehrs genau jene zukunftsweisende Verkehrspolitik in die Tat umzusetzen, von der die EG längerfristig träumt. Zweitens hat Ogi in Brüssel nachdrücklich dargestellt, dass in der Schweiz die Verkehrspolitik vom Volk getragen werden müsse: Dieses würde einen 40-t-Korridor kaum hinnehmen. Wenn die EG die Schweiz in die Defensive dränge, bestehe die Gefahr eines negativen Plebizits, mit allen Konsequenzen für die weitere Annäherung an die EG.

Die EG-Kommission unternahm einen Vorstoss, für den Alpen transitverkehr eine sogenannte Umweltpunktekarte in Erwägung zu ziehen. Sie würde ein Kontingent für die Umweltverschmutzung durch Lastwagen vorsehen. Dieser Grenzwert könnte aufgrund der immer fortschrittlicheren Umweltschutzvorschriften für Lastwagen mit jedem Jahr gesenkt werden. Ogi erklärte, die Umweltpunktekarte müsse geprüft werden – dieses geschah in Windeseile und nach Ostern lehnten sowohl der Bundesrat als

auch die vier Bundesratsparteien diesen Vorschlag kategorisch ab. Auch wenn dieser sicher noch nicht ausgereift ist und andere Belastungen des Verkehrs ausser der Luftverschmutzung ignoriert, sollte der Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente für ökologische Ziele nicht so schnell zu den Akten gelegt werden. Die Diskussion über einen Ökobonus in der Schweiz zieht sich schon über Jahre hin und beginnt nun erste Früchte zu zeigen – mehr und mehr Politiker getrauen sich öffentlich einzugestehen, dass sie der Idee positiv gegenüber stehen.

(Quellen: Tagesanzeiger, 4. 3. 91/Basler Zeitung, 4. 3. 91 und 4. 4. 91/Neue Zürcher Zeitung, 1. 3. 91 und 28. 3. 91)

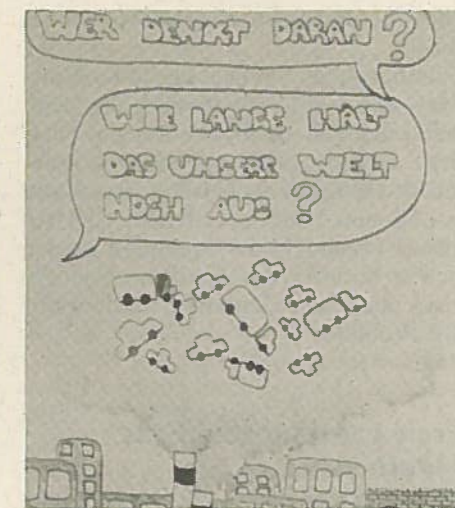
### Das ABC des ADAC

#### Kinder-Malwettbewerb mit «verwunderlichen Ergebnissen»

Der ADAC hat etwas mehr als 10 Millionen Mitglieder. Im September vorigen Jahres hatte man in der Redaktion seiner aufwendigen Zeitschrift «ADAC Motorwelt» den Einfall, zusammen mit dem Bundesfamilienministerium und dem Deutschen Kinderschutzbund einen Malwettbewerb für Kinder zwischen 6 und 14 Jahren auszusprechen. Thema: «Das Auto und wir».

Im März-Heft wurde das Ergebnis veröffentlicht. Was hatte sich der ADAC erwartet – Verherrlichung der Autowelt durch Kinder? 13 000 bunte Kunstwerke sind eingegangen und siehe da: den Kindern ist sie zur Hölle geworden. Die Redaktion bekennt: «Die Bilder haben uns doch sehr nachdenklich gemacht; wer hätte gedacht, wie sehr den Kindern der ständig wachsende Verkehr buchstäblich die Luft zuschnürt (soll wohl heissen: abschnürt), wie sehr sie sich durch unsere hektische Verkehrswelt verdrängt und weggeschoben fühlen.»

Das ADAC-Heft hat 118 Seiten, knapp 3 davon und der Titel sind dem Ergebnis des Malwettbewerbes vorbehalten. In



(Quelle: Liechtensteiner Umweltkalender 1991)

der gleichen Ausgabe verkündet BMW auf einer Doppelseite «FREUDE AM FAHREN». Die Redaktion konnte wohl nicht vermeiden, die Autowelt aus Kindersicht publik zu machen, aber diesen Satz hätte sie doch nicht drucken lassen dürfen, der beginnt: «Wer hätte gedacht...». Zwanzig Millionen unmündige Bürger wissen, erfahren es schon am Morgen, Tag für Tag, wenn der Ernährer der Familie im Auto zur Arbeit fährt (aber was heisst «fährt» – sich eher von Stau zu Stau vorwärts quält) und drei Sitze in seinem Wagen leer sind, was mit unserer «hektischen Verkehrswelt» los ist. Mit dem ABC des ADAC sind keine Texte der Vernunft zu schreiben, und auch 13 000 Kinder kommen gegen die Unvernunft nicht auf. Das Ergebnis des Malwettbewerbs ist in Wahrheit eine Bankrotterklärung der Erwachsenen, des ADAC im besonderen.

Im italienischen Millionen-Blatt der Kirche, «Famiglia cristiana», erschien kürzlich eine Karikatur:

In 4 Reihen, dicht auf dicht, flutet der Autostrom durch die Strasse. Diesseits und jenseits steht ein Kind. Ruft das eine zum anderen hinüber: «Wie bist du über die Strasse gekommen?» Ruft das andere: «Überhaupt nicht. Ich bin auf dieser Seite geboren.»

(Quelle: Badische Zeitung 23./24. 3. 1991)

### Busse mit Katalysator

Die städtischen Verkehrsbetriebe erproben Busse mit Katalysator der schwedischen Marke Scania, die eventuell die 104 Autobusse im hauptsächlich durch Trolleys bedienten Verkehrsnetz ersetzen sollen. Die Dieselmotoren sind umweltfreundlich, ohne Geruch und ohne Russ und produzieren 80% weniger Schadstoffe. Allerdings benötigen sie einen Spezialtreibstoff, der 300 mal weniger Schwefel enthält als gewöhnliches

Dieselöl und wesentlich teurer ist als dieses.

Lausanne hofft – sollten die Tests erfolgreich sein – auf eine Verbilligung (ähnlich wie beim bleifreien Benzin) über den Treibstoffzoll der Eidgenossenschaft. Im Test nicht bewährt hatten sich in Lausanne batteriebetriebene Elektrobusse: besonders das Anfahren in den steilen Strassen der Stadt am Sonnenhang über dem Genfersee stellte knifflige Probleme.

(Quelle: Tagesanzeiger, 14. 2. 1991)

### Freie Fahrt für städtische Mitarbeiter

Als erste Grossstadt der Bundesrepublik Deutschland bezahlt Frankfurt am Main allen städtischen Mitarbeitern einen Freifahrtschein für den öffentlichen Nahverkehr. Pro Mitarbeiter muss die Stadt dafür monatlich DM 42,85 an den Verkehrsverbund zahlen.

(Quelle: Salzburger Nachrichten, 13. 3. 1991)

### «Weg der Sehschule zur Natur» am Grossglockner

Vergangenen Oktober 1990 ergab sich über Vermittlung des Direktors des Salzburger Hauses der Natur, Professor Stüber, ein direkter Kontakt zur Grossglockner Hochalpenstrasse AG (Grohag). Auf deren Einladung konnten erste Verwirklichungen einer Kooperation zwischen der «berühmtesten Strasse Österreichs» und dem Nationalpark «Hohe Tauern» am Ort besichtigt werden. Was kann eine Alpenstrasse, die von weit über einer Million Menschen pro Jahr überquert wird, mit den Anliegen des Natur- und Umweltschutzes gemeinsam haben, ist die erste Frage, die sich einem stellt. Die Vertreter der CIPRA waren von den vorgetragenen Visionen beeindruckt. Wir baten den Generaldirektor der Grohag, Dr. Karl Gollegger in Form eines Interviews seine Gedanken über die Zukunft der Grossglockner Hochalpenstrasse zu vertiefen.

**CIPRA:** Herr Generaldirektor, können Sie kurz die Geschichte der Grossglockner-Hochalpenstrasse umreissen und erklären, welche Bedeutung der Strasse früher zukam und heute noch zukommt?

**Gollegger:** Die Geschichte der Grossglockner Hochalpenstrasse ist ein Spiegelbild der österreichischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte seit dem Zusammenbruch der Monarchie. Diese Strasse wurde – 1922 erstmals konkret geplant, um dem von den verheerenden Folgen des Ersten Weltkrieges zerrütteten Öster-

reich eine touristische Attraktion von internationalem Rang zu verschaffen; – zwischen 1930 und 1935 im Schlagschatten der Weltwirtschaftskrise erbaut, um die Arbeitslosigkeit zu mildern. Dies geschah mit ungewöhnlich behutsamer Anpassung an die alpine Naturlandschaft;

– im Zweiten Weltkrieg notdürftig instandgehalten und vor dem Verfall bewahrt;

– in den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten erst saniert und dann technisch ausgebaut, um den touristischen Boom des «Wirtschaftswunders» zu bewältigen, der 1962 die Rekordfrequenz von 359.801 Fahrzeugen brachte;

– ab 1985 den Bedürfnissen einer zunehmend ökologisch sensibilisierten Öffentlichkeit und den Vorgaben des Nationalparks Hohe Tauern angepasst, den Kärnten 1982 und Salzburg 1984 errichtet haben.

Diese jüngste Etappe prägt die Zielsetzungen und strategischen Pläne unserer Gesellschaft.

Obwohl die Grossglockner Hochalpenstrasse von vornherein als Ausflugsstrasse konzipiert wurde, kam ihr bis zur Eröffnung alternativer Alpenübergänge wie z. B. der Felbertauernstrasse oder der Tauernautobahn eine Transitfunktion zu. Das ist nicht mehr der Fall. Die Grossglockner Hochalpenstrasse zählt mit rund 1,3 Mio. Besuchern zu den meistbesuchten Fremdenverkehrsattraktionen Österreichs. Obwohl sie ihre Transitfunktion verloren hat, eröffnet die Kooperation mit dem Nationalpark Hohe Tauern neue, vielfältige Aufgaben. Als historisches architektonisches Baudenkmal ist sie Imageträger ersten Ranges für Österreich, als Partner des Nationalparks Hohe Tauern mit der Aufgabe, «Weg der Sehschule in die

Natur» zu sein, sowie als Aktivstrasse für den naturschonenden Tourismus, hat sie neue Einzel- und gesamtwirtschaftliche Aufgaben für die umliegenden Regionen übernommen.

Rahmenbedingung für das ökologische Handeln ist der sensible Naturraum des Nationalparks. Den Verantwortlichen der Gesellschaft ist bewusst, dass eine ökologisch intakte Umwelt und überaus verletzliche Landschaft dem Wirtschaften klare Normen und Grenzen setzt. Eine Frequenzmaximierung wird nicht mehr angestrebt, die bewusste Hochpreispolitik für Privatkraftfahrzeuge bildet das entsprechende Regulativ. Die Gesellschaft sieht ihre aktuelle Aufgabe darin, den Gästen möglichst viele Formen des bewussten Naturerlebens zu erschliessen.

**CIPRA:** Das Management der Grossglockner-Hochalpenstrasse setzt in den letzten Jahren auf verstärkte Kooperation mit dem Nationalpark «Hohe Tauern». Wenn auch die Strasse selbst als Verkehrsfläche aus dem Nationalpark ausgenommen ist, wird von Ihrer Seite aus der Versuch unternommen, die Strasse besser in ihr sensibles Umfeld einzufügen. Die Errichtung einer Nationalpark-Forschungsstation, sowie einer Informationsstelle auf dem Parkplatz Hochmais waren die ersten Schritte. Können Sie uns mehr über diese Initiativen berichten?

**Gollegger:** Leitidee bei der touristischen Ausgestaltung unserer Anlagen ist, dass die Grossglockner Hochalpenstrasse eine 4000 km lange Reise in die Arktis auf wenige Kilometer verkürzt. Es soll den Gästen aus aller Welt über das reine Ausflugerlebnis hinaus die Möglichkeit einer ökologischen Entdeckungsreise verschafft werden. Dafür erweitern wir



(Quelle: Clemens M. Hutter, Grossglockner, 1989)



(Quelle: Clemens M. Hutter, Grossglockner, 1989)

unser Angebot im Lehr- und Lerntourismus. Schwerpunkt unserer Arbeiten ist die Schaffung von Informationseinrichtungen und Naturlehrwegen. Derzeit gibt es drei derartige Anlagen, mittelfristig ist an den Ausbau von insgesamt 11 bis 12 derartiger Einrichtungen gedacht. Ein Grossprojekt ist ein Besucherzentrum auf der Nordseite, in dem Ausstellungen geplant sind, die sich mit dem Naturraum, aber auch mit der Kulturlandschaft in den Hohen Tauern beschäftigen werden. Die Eröffnung dieses Zentrums ist für Frühjahr 1992 geplant. Im Anschluss an die Ausstellungsräume befindet sich die 1989 errichtete und von unserer Gesellschaft gestiftete «Eduard-Paul-Tratz-Forschungsstation». Die Wissenschaftler werden ab 1992 die Möglichkeit haben, ihre neuesten Forschungsergebnisse einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Auf der Franz-Josefs-Höhe, als einer der herausragendsten touristischen Attraktionen Österreichs, ist die Errichtung eines «Europäischen Nationalparkzentrums» geplant.

**CIPRA:** Am 3. August 1990 wurde von Seiten der Grossglockner-Hochalpenstrassen AG (Grohag) und dem «Haus der Natur», Salzburg, ein Partnerschaftsabkommen unterzeichnet, in welchem sich die Grohag bereit erklärt, bei weiteren technisch innovativen Ausgestaltungen der Anlagen und bei Korrekturen diverser Baumassnahmen der Nachkriegszeit eine Ökologiekommision zur Beratung und Zusammenarbeit einzusetzen. Was versprechen Sie sich von dieser Zusammenarbeit und wie weit glauben Sie an den Versuch, ein solches Unternehmen wie die Grohag in Zukunft weiterhin ökonomisch erfolgreich und andererseits ökologisch verträglich wirtschaften zu lassen? Wenn es Z. B. für Besucherzahlen Grenzwerte hinsichtlich der Belastbarkeit geben sollte, sind solche Einschränkungen theoretisch möglich?

**Gollegger:** Die mit dem «Haus der Natur» abgeschlossene Partnerschaftsvereinbarung soll helfen, die Zukunft der Grossglockner Hochalpenstrasse ökologisch verträglich zu gestalten. Folgende Projekte werden im Rahmen einer Öko-Bilanz im Jahr 1991 durchgeführt:

- Feststellung der Auswirkungen und Belastungen durch den Betrieb der Grossglockner Hochalpenstrasse und durch Dritte.
- Sanierung zerstörter Bereiche ausserhalb der Strasse.
- Untersuchung der Betriebsabläufe innerhalb der Gesellschaft vom Bürobetrieb bis zur Baumassnahme auf ökologische Verträglichkeit.
- Erstellung eines Projektes für Müllvermeidung und Mülltrennung. Ab 1992 wird die Grossglockner Hochalpenstrasse zur Müllfrei-Zone. An den Mautstellen werden an alle Besucher umweltfreundliche Müllsäcke ausgeteilt, die beim Passieren der Ausfahrt wieder abzugeben sind. Jeder Besucher soll den Müll, den er verursacht, wieder mitnehmen. Die Entsorgung und Trennung des Mülls übernimmt die Grohag. Verstösse gegen die «Müllordnung» werden geahndet.
- Erstellen von Programmen für die Zurückdrängung des Individualverkehrs zugunsten des umweltverträglicheren Busverkehrs. Der 1990 eingesetzte Shuttle-Bus wird auch in den kommenden Jahren weitergeführt werden.
- Zudem werden mit der Österreichischen Post Verhandlungen geführt, um ein attraktives Pendelbus-Angebot aus

den angrenzenden Regionen einzuführen.

Einschränkungen im Bereich des Individualverkehrs können wir uns durchaus vorstellen, wenn dafür ein Ausgleich im umweltschonenderen Busverkehr geschaffen werden kann. Derzeit dient als Regulativ für die Beschränkung des Individualverkehrs der im Vergleich zu anderen Alpenübergängen hohe Preis von S 280.–.

Ab 1992 wird die Grossglockner Hochalpenstrasse – nach dem Vorbild der amerikanischen Nationalparks – nachts ab 22 Uhr geschlossen.

Das Ergebnis der 1991 durchzuführenden umfassenden Öko-Bilanz wird die Richtlinie für unser unternehmerisches Handeln der nächsten Jahre vorgeben. Wir wollen damit als eines der ersten Unternehmen Österreichs ein ökologisches Instrumentarium schaffen, welches den betriebswirtschaftlichen Einrichtungen gleichgesetzt wird.

Als Hauptaufgabe der Gesellschaft bis zum Beginn des nächsten Jahrtausends sehe ich die Lösung der Verkehrsproblematik. Um in ökologischen Belangen glaubhaft zu sein, muss es uns im nächsten Jahrzehnt gelingen, den Individualverkehr zugunsten des umweltfreundlicheren Busverkehrs zurückzudrängen.

**CIPRA:** Stehen hinter einem Schritt wie dem Öko-Shuttle, der aus umweltschützerischer Sicht als äusserst positiv zu werten ist, auch wirtschaftliche Motivationen? Haben sich die Versuche dieses Sommers rentiert?

**Gollegger:** Aus den Erfahrungen des vergangenen Sommers kann noch keine Beurteilung der ökonomischen Situation der geplanten Massnahmen vorgenommen werden. Als ein Wirtschaftsunternehmen haben wir selbstverständlich auch ökonomische Zielsetzungen. Eine Betrachtung aus dieser Sicht ist jedoch erst dann sinnvoll, wenn jene Projekte vorliegen, die die Kostenseite betreffen (Parkhäuser, Bus-Pendeldienste etc.)

Wir sind jedoch überzeugt, dass es uns gelingen wird, die Mehrkosten der geplanten Massnahmen durch entsprechende Mehreinnahmen auszugleichen. Wir wollen für den Besucher Qualität schaffen und Qualität hat ihren Preis.

**CIPRA:** Welche weiteren Schritte zur Verwirklichung der Idee, die Grossglockner-Hochalpenstrasse bestmöglichst

Man bewältigt ein Gebirge,  
und man stolpert über  
einen Stein. Gertrud von le Fort

in den Nationalpark «Hohe Tauern» zu integrieren, sind in unmittelbarer Zukunft geplant?

**Gollegger:** Mit den einzelnen Nationalparkverwaltungen der Länder sowie mit der Nationalparkkommission besteht eine enge Zusammenarbeit. Abgesehen von ständigen gemeinsamen Besprechungen erfolgen zur Zeit weitestmögliche Kooperationen im Marketing-Bereich. Anlässlich des 60-jährigen Bestehens unserer Gesellschaft im Jahre 1991 soll eine Partnerschaft zwischen unserer Gesellschaft und dem Nationalpark Hohe Tauern abgeschlossen werden. Unser Unternehmen hat bereits 1989 in engster Zusammenarbeit mit dem Nationalpark Hohe Tauern begonnen, die wissenschaftliche Forschung in diesem Naturraum zu fördern. Ein erfreulicher Zuspruch, auch internationaler Universitäten, konnte bereits verzeichnet werden. Der Ankauf einer ausschliesslich der Wissenschaft zur Verfügung stehenden Naturfläche ist geplant. Unsere Gesellschaft wird sich auch an jenen wissenschaftlichen Projekten des Nationalparks beteiligen, die für unsere Tätigkeit von Bedeutung sind (geografisches Informationssystem). Die direkte und indirekte Förderung der Nationalpark-Idee ist uns ein grosses Anliegen.

Weitere Informationen erteilt:  
Grossglockner-Hochalpenstrassen AG  
Rainerstrasse 2  
A-5024 Salzburg

### Das Klimaprogramm der Schweiz – ProClim

Nach langjähriger Vorbereitung durch die Kommission für Klima und atmosphärische Forschung der Schweizer Akademie der Wissenschaften ist 1988 das «Klimaprogramm der Schweiz» ProClim (von Programme Climatologique Suisse) aus der Taufe gehoben worden. ProClim ist die Schweizer Antwort auf die Aufforderung des Weltklimaprogramms der UNESCO-WMO, nationale Forschungsprogramme zur Klimaveränderung aufzustellen, und versteht sich als Beitrag zu internationalen Aktivitäten in der Klimaforschung. Schweizer Wissenschaftler verschiedener Institute und Forschungseinrichtungen, Universitäten, Industrie und Gewerbe sowie der Öffentlichkeit sollen in diesem langfristig angelegten Forschungsprogramm zusammengebracht werden. Sponsor von ProClim ist die Schweizer Akademie der Wissenschaften, zusätzliche Unterstützung erfährt es vom Bundesamt für Bildung und Wissenschaft und vom Schweizer Nationalfonds.

Während eines 3-tägigen Workshops im Juli 1987 in Gletsch wurden die allgemeinen Vorgaben für das Programm erarbeitet. Sie sehen vor:

1. Die Entwicklung eines langfristigen Schwerpunktprogramms zur Klimaveränderung,
  2. die Entwicklung eines Netzwerkes von Wissenschaftlern mit Bezug zur Klimaforschung,
  3. die Koordination und Entwicklung von Ausbildungsmöglichkeiten für den wissenschaftlichen Nachwuchs,
  4. die Entwicklung des Dialogs zwischen Wissenschaft und der Öffentlichkeit.
- Das Schwerpunktprogramm wird sich auf drei Bereiche konzentrieren:
1. Prozessforschung, Verarbeitung klimatologischer Daten und Erstellen von Klimamodellen.
  2. Rekonstruktion von Klimaveränderungen in der Vergangenheit durch Untersuchung von geobiophysikalischen «Archiven» (Sedimentablagerungen, Eiskernuntersuchungen, dendrochronologische Arbeiten usw.) und von historischen Aufzeichnungen.
  3. Transektstudie Jura-Alpen mit 8–10 Stationen zur Untersuchung der Reaktion empfindlicher Lebensräume und ihrer Bewohner (einschliesslich des Menschen) bei vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Klimaveränderungen.

Bewusster Nebeneffekt des Programms: So sollen verstärkte Anreize zu innovativen Forschung und zur Schaffung besserer Arbeitsbedingungen und -möglich-

keiten für junge Schweizer Wissenschaftler gegeben werden – vor dem Hintergrund, dass zur Bewältigung global vernetzter Probleme noch ein grosser Bedarf an systemarem Denken und interdisziplinärem Arbeiten besteht.

### CIPRA-Komitee Liechtenstein gegründet

Am 27. Februar sind verschiedene Vereinigungen des Natur- und Umweltschutzes in Liechtenstein zusammengetreten, um ein liechtensteinisches Komitee der CIPRA zu gründen. Bisher wurde die CIPRA im Fürstentum Liechtenstein durch die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz vertreten. Im neuen Komitee arbeiten künftig zusammen: der Alpenverein, die Botanisch-Zoologische Gesellschaft, der Fischereiverein, der Försterverband, die Gesellschaft für Umweltschutz, die Jägerschaft, der Silberne Bruch und der Verkehrsclub Liechtenstein.

In einer ersten Phase soll es darum gehen, zu gemeinsamen Lösungen bei den anstehenden Umweltproblemen zu gelangen und dazu einen aktiven liechtensteinischen Beitrag zu leisten. Als eines der bedeutendsten gegenwärtigen und künftigen Probleme wird die zunehmend intensivere Nutzung des Alpenraumes betrachtet, welche zu erheblichen Störungen im Naturhaushalt führen kann und teilweise bereits führt.

(Quelle: Liechtensteiner Vaterland vom 2. 3. 1991)



«Ich male die Gegend im Auftrag der Bundesregierung, weshalb fragen Sie?»  
(Quelle: Horst Haitzinger, Globetrottel, 1989)

## Buchbesprechung

### AUREL SCHMIDT Die Alpen – schleichende Zerstörung eines Mythos

Benziger Verlag AG Zürich, 1990, 342 S., Fr. 44.–  
Ein Buch über den Wandel der Alpen. Ein Buch, in dem der Autor sich zunächst durch manches philosophische Strauchwerk durcharbeitet – bis es ein persönliches Buch wird. Ein Buch auch über den Wandel der Einstellung des Menschen zu den Alpen. Bis ins 16. Jahrhundert hinein wurden die Alpen als schrecklich und furchterregend erlebt, danach als erhaben und überwältigend bewundert. Parallel dazu verlief eine Entwicklung, die allmählich zur Entdeckung der Schönheit der Alpen führte. Waren es am Anfang noch einzelne Reisende und Alpinisten, die das Geheimnis der Berge zu ergründen suchten, so wurde daraus bald einmal ein richtiger Massentourismus. Was in unserer Zeit geschieht, ist leicht zu beobachten: Wasserkraftwerke, Bergbahnen, Autobahnen und -strassen belasten und instrumentalisieren die Alpen in bedrohlicher Weise. Der Kollaps ist programmiert, wenn wir weitermachen wie bisher.

Aurel Schmidt lässt in einem Kapitel auch einen Einheimischen, der 7 Jahrzehnte des Alpenwandels erlebt und mitgestaltet hat, zu Wort kommen – zu Worten, die nahe gehen. So schliesst Anton Tresch seine Erinnerungen:

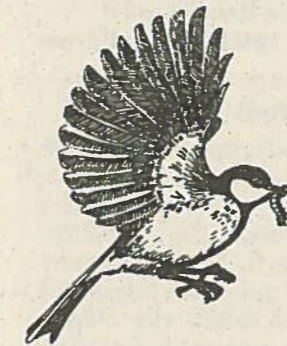
«Der Stress ist heute grösser als früher. Früher besass man wenig, aber man war damit zufrieden. Wir waren glücklich. Die Jungen haben heute davon keine Ahnung. Das ist doch nicht möglich, sagen sie. Doch, doch. So mussten wir durch.»

Schmidt selbst kommt unter anderem zum Schluss: »Die Berge sind nicht mehr, was sie einmal waren. Etwas ist falsch gelaufen, der Diskurs bezieht sich längst nicht mehr auf seinen Gegenstand, auf die Berge. Am Anfang sah ich die Berge als eine Erkenntnismöglichkeit, aber mit der Zeit, nachdem ich versucht habe, soviel wie möglich festzuhalten, was es über sie zu sagen gibt, muss ich einsehen, dass diese Erkenntnis gar nicht möglich ist, da die Berge gar nicht das sind, was ich in ihnen sah, sondern etwas, das im Lauf der Zeit aus ihnen gemacht worden ist und nicht mehr mit dem, was am Ursprung war, übereinstimmt.»

«Im selben Mass, wie die Schweiz erschlossen, besetzt und fixiert wurde, sind auch die Berge einer Nutzbarmachung und Standardisierung unterworfen worden, die im Konzert mit allen

anderen Wandlungerscheinungen ebenso zu einer Eintönigkeit wie zu einer Unausweichlichkeit geführt haben, die schmerzlich, aber darüber hinaus vor allem lähmend sind. Alles ist bestimmt und beschlossen, hat seinen Platz und Zweck, nichts ist mehr offen. Ich meine damit nicht, dass wir die Schweiz überbauen, zersiedeln, vermarkten, vollstopfen, blockieren und so weiter, denn das ist nur allzu offensichtlich der Fall. Auffallend und irritierend ist vielmehr, dass wir es mit einem Eifer, mit einer Hast, einer Verbissenheit tun, als ob uns jemand zuvorkommen wollte, der uns im letzten Augenblick alles vor der Nase wegschnappen könnte.»

Ulf Tödter



### Achtung Steinschlag!

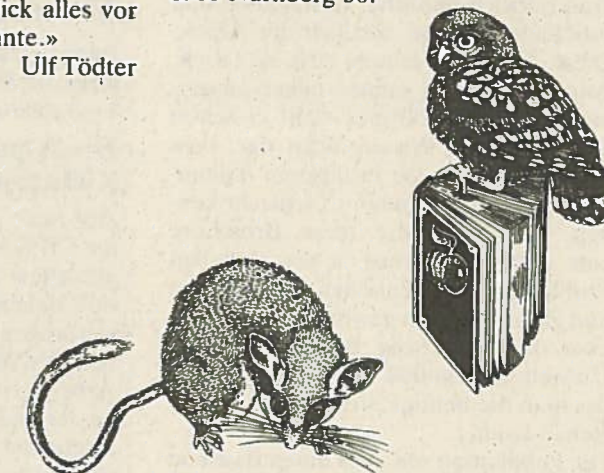
#### Wechselwirkungen zwischen Wald und Tourismus – Strategien zu einer waldverträglichen Tourismuspolitik

Autoren: MÜLLER, Hansruedi/EGGER, Mark, Forschungsinstitut für Freizeit und Tourismus (FIF) der Universität Bern, Montbijoustr. 29, 3001 Bern 1991, 64 S.

Die Broschüre «Achtung Steinschlag!» ist eine kurze und reich illustrierte Zusammenfassung eines Grundlagenberichtes (M. EGGER, Wald und Tourismus, Wechselwirkungen – Perspektiven – Strategien, in: Berner Studien zu Freizeit und Tourismus, Nr. 23, Bern 1989), dessen wichtigste Ergebnisse aus dreijähriger wissenschaftlicher Arbeit in dieser Form einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Der Text geht auf 64 Seiten gerafft auf die direkten und indirekten Wechselwirkungen zwischen Wald und Tourismus und auf die jeweiligen negativen Rückkopplungseffekte ein. Im letzten Kapitel werden schliesslich zehn Strategien zur Wald-erhaltung aus tourismuspolitischer Sicht vorgestellt, die u.a. über alternative Verkehrskonzepte, Schadstoff- und Schadensbegrenzungen bis hin zu einer «grünen» Tourismusplanung mit entsprechenden raumplanerischen Vorgaben reichen. Das Ziel ist eine «Waldverträglichkeit» des Tourismus vor allem im Berggebiet.

### Streuobst

Über die ökologische Bedeutung von Streuobstwiesen informiert eine Mappe, die der Bund Naturschutz in Bayern herausgegeben hat. Auf 7 Faltblättern werden u.a. die Geschichte des Obstbaus, die Ökologie der Streuobstwiesen, Erhaltungsstrategien, Pflanzenschutz, Pflegemassnahmen und Fördermöglichkeiten vorgestellt. Die Infomappe kann zum Preis von DM 6.50 bezogen werden bei:  
Bund Naturschutz, Geschäftsstelle Nordbayern, Bauernfeindstrasse 23, D-8500 Nürnberg 50.



### Ankündigung

Das Österreichische Nationale Komitee der CIPRA, die karst- und höhlenkundliche Abteilung des naturhistorischen Museums Wien und der Verband der österreichischen Höhlenforscher laden zu einem Symposium ein, das in Bad Aussee vom 27. – 29. Juli 1991 stattfinden wird:

#### «Die Karstgebiete der Alpen – Gegenwart und Zukunft»

- Aufgaben und Ziele des Symposiums:
- a) Überblick über neuere Entwicklungen der Karst und Höhlenkunde.
  - b) Bericht über Fortschritte der Dokumentation über die Karstgebiete und der Karstprozesse.
  - c) Bericht über aktuelle Probleme der Karstlandschaftsnutzung und über aktuelle Forschungsprogramme.
  - d) Die Erarbeitung von Schutzgebietskonzepten für die Karstgebiete der Alpen.

Das Symposium findet im Hotel «Erzherzog Johann» in Bad Aussee statt. Die Teilnahmegebühr inkl. Übernachtung und Halbpension beträgt Ö.S. 1.450.–. Anmeldungen sind zu richten an:  
Herrn Univ.-Prof. Dr. Hubert Trimmel, Organisationskomitee des Symposiums «Karstgebiete der Alpen», Drascherstrasse 77, A-1232 Wien.



## Neuerscheinungen

### Der italienische Alpenraum

Autor: Werner Bätzing, CIPRA Kleine Schriften Nr. 7/90, 92 Seiten, SFr. 8.–

Der italienische Alpenraum ist im deutschen Sprachraum weitgehend unbekannt, obwohl er immerhin 1/3 der gesamten Alpenfläche ausmacht. Wenn man im deutschsprachigen Raum von der «Zukunft der Alpen» spricht, dann stellen die italienischen Verhältnisse meist ein grosses «schwarzes Loch» dar, von dem man annimmt, dass es hier grundsätzlich ähnliche Verhältnisse und Probleme gibt wie nördlich der Alpen. Diese Annahme erweist sich als falsch. Angesichts eines immer näher zusammenrückenden Europas stellt es schon eine eminente Wissenslücke dar, dass wir die Verhältnisse in unseren italienischen Nachbarregionen so schlecht kennen. Daher möchte diese Broschüre eine erste Einführung in die aktuellen Probleme der italienischen Alpen geben und gleichzeitig ein gewisses Basiswissen über die italienische Berggebiets- und Umweltschutzpolitik vermitteln, ohne das man die heutige Situation nicht verstehen kann.

Die Publikation soll auch einen Baustein auf dem Weg hin zu einer internationalen Alpenkonvention bilden, deren Rahmenvereinbarung im Herbst 1991 von den Umweltministern der sieben Alpenstaaten unterzeichnet werden soll. Die Broschüre kann bei der Geschäftsstelle Vaduz oder den Nationalen Trägerschaften bezogen werden.

### Alpenschutz – Überlebensfrage Bergwald

Autor: Österreichisches Nationales Komitee der CIPRA  
23 Seiten, Ö.S. 35.–

Der 15köpfige Fachausschuss «Wald – Wild – Weide» des Österreichischen Na-

tionalen Komitees der CIPRA hat in dieser Broschüre Analysen und Lösungsansätze zur Mehrfachnutzung im Bergwald vorgelegt. Der Arbeitskreis beschränkte seine Untersuchungen auf die durch die traditionellen Hauptnutzer Forst-, Jagd- und Landwirtschaft (Wald – Weide) verursachte Beeinflussung des Waldes.

Die Broschüre kann über das Öst. Nationale Komitee der CIPRA, Hegelgasse 21, A-1010 Wien, oder über die CIPRA-Geschäftsstelle in Vaduz bezogen werden.

### Vorankündigung

**Jahresfachtagung der CIPRA zu ihrem 40jährigen Bestehen vom 1.–3. Oktober 1992 in Füssen/Bayern**

#### Die Alpenkonvention – eine Zwischenbilanz

An ihrer Jubiläumstagung möchte die CIPRA eine Zwischenbilanz zum aktuellen Stand der Alpenkonvention ziehen. Dabei sollen sowohl Bewertungen durch die Vertragspartner, als auch durch die regionalen Arbeitsgemeinschaften der Alpenländer und die nichtstaatlichen Organisationen des Natur- und Umweltschutzes in den Alpen vorgenommen werden. Mit dieser Tagung möchte die CIPRA ihr kontinuierliches Engagement für die Alpenkonvention fortsetzen und damit zu einer raschen Lösung der Probleme des Natur- und Kulturraumes der Alpen und der betroffenen Bevölkerung beitragen.

## CIPRA-Veröffentlichungen

### CIPRA Kleine Schriften

1/87 Grenzen der touristischen Entwicklung im Alpenraum – 58 S., Sfr. 8.–

2/88 Bergwald, Dokumente 87 84 S., Sfr. 8.–

3/89 Beschneigungsanlagen im Widerstreit der Interessen 48 S., Sfr. 8.–

3/89 Enneigement artificiel et conflits d'intérêtS, 56 S., Sfr. 8.–

5/89 Leitbild für eine Alpenkonvention 87 S., Sfr. 8.–

5/90 Modèle pour la Convention Alpine, 100 S., Sfr. 8.–

5/90 Modello per una Convenzione sulle Alpi, 90 S., Sfr. 8.–

5/90 Model of an Alpine Convention 90 S., Sfr. 8.–

6/90 Sport und Umwelt im Alpenraum (I) Golf, 56 S., Sfr. 8.–

7/90 Der italienische Alpenraum 92S., Sfr. 8.–

7/90 Le Alpi italiane 92 S., Sfr. 8.–

Die Schriften «Mögliche Auswirkungen von Klimaveränderungen» und «Sport und Umwelt – Mountain-Bike» werden voraussichtlich im Frühjahr 1991 veröffentlicht.

### Ankündigung

**Fachtagung am 4. Juni 1991**

**Ort: Auditorium Maximum, ETH-Zentrum, Zürich**

#### Hochwasser 1987 – Neue Erkenntnisse

Sekretariat: VAW Dol, ETH-Zentrum, CH-8092 Zürich, Tel. 01 / 256 41 09

### Ankündigung

**Fachtagung der Schweizer Akademie für Natur- und Umweltschutz, SANU, am 12. Juni 1991**

**Ort: Verkehrshaus Luzern**

#### Golfanlagen – Natur, Landschaft, Raumplanung

Sprachen: deutsch und französisch  
Anmeldung: SANU, Kursservice, Postfach 3126, CH-2500 Biel, Tel. 032 / 22 14 33

### Impressum

Mitteilungen der CIPRA – Erscheint 4 mal jährlich – Redaktion und Layout: Ulf Tödter, Heiligkreuz 52, FL-9490 Vaduz – Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht – gedruckt auf Altpapier – deutsche, italienische und französische Ausgabe, Gesamtauflage: 5500 Stück.

### Nationale Trägerorganisation bzw. Kontaktadressen:

**Bundesrepublik Deutschland:** Nationales CIPRA-Komitee der Bundesrepublik Deutschland, c/o Deutscher Alpenverein (DAV), Praterinsel 5, D-8000 München 22

**Frankreich: Kontaktadresse:** Monsieur Denis Grandjean, Parc National du Mercantour, 23 rue d'Italie, F-06000 Nice

**Italien:** Regionales CIPRA-Komitee für Südtirol, c/o Dachverband für Natur- und Umweltschutz, Komplatz 10, I-39100 Bozen

**Jugoslawien:** Republiki sekretaria za urbanizem, Zupaniceceva 6, YU-61000 Ljubljana

**Liechtenstein:** Nationales CIPRA-Komitee Liechtenstein, c/o Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU), Heiligkreuz 52, FL-9490 Vaduz

**Österreich:** Österreichisches Nationales Komitee der CIPRA, c/o Österreichische Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz (ÖGNU) Hegelgasse 21, A-1010 Wien

**Schweiz:** Schweizerischer Bund für Naturschutz (SBN), Postfach 73, CH-4020 Basel